

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Anzeigenpreis: Arbeitervereinigungen und politischen Anzeigen der Sozialisten, Kolonial- und Gewerkschaften werden nicht aufgenommen

Verlag von A. Vrech.
Druck von E. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2 Et. - Fernsprech-Anschluss 8102

Die Teuerung.

Das deutsche Volk leidet unter einer allgemeinen Lebensmittelteuerung. Fast alle für die Ernährung wesentlichen und wichtigen Artikel sind in den letzten Monaten außerordentlich im Preise gestiegen. Die Preise für Brot, Kartoffeln und Fleisch schnellen geradezu sprunghaft in die Höhe, Gemüse ist fast ein Luxusartikel geworden. Auch Butter, Zucker, Kaffee und dergleichen wird Tag um Tag teurer. Am 1. August war der September-Moggen noch mit 166 Mk. für die Tonne veräußert, heute kostet dasselbe Quantum rund 200 Mk. Weizen kostete Anfang August 200, Anfang September 220 Mk. In demselben Tempo stiegen die Fleischpreise. Gemüse kann von Arbeiterfamilien allenfalls noch zum Anblick auf den Tisch gestellt werden. Für Kohlköpfchen, gut kaufgroß, sind 50 Pf. und mehr gefordert worden. Sauerkraut, für das im Vorjahre 5 und 6 Pf. gezahlt wurde, stellt sich auf 28 und 30 Pf. pro Pfund. Wie enorm überhaupt die Preissteigerung für Gemüse ist, mögen einige Zahlen aus den amtlichen Feststellungen der Preise in der Berliner Central-Markthalle zeigen. Es kosteten:

	1911:	1910:
	Mk.	Mk.
100 Pfund Moorrüben	8,00—15,00	2,50—3,00
100 " Schoten	14,00—20,00	6,00—12,00
100 " Kartoffeln, blaue	6,00—6,50	3,00—4,00
100 " " neue, weiße	5,00—5,75	2,00—2,50
100 " Neue Rosenkartoffeln	4,50—5,50	1,40—1,60
100 " Spinat	17,00—25,00	10,00—15,00
100 " Bohnen	12,00—30,00	2,00—8,00
100 " Bohnensprossen	15,00—32,00	4,00—12,00
100 " Zwiebeln	8,00—9,00	4,50—5,00
1 Schoß Kohlrabi	0,80—1,50	0,30—0,40
1 " Rotkohl	8,00—12,00	3,00—7,00
1 " Weißkohl	5,00—12,00	2,00—5,00
1 " Wirtungskohl	8,00—12,00	3,00—7,00
1 " Gurken	4,50—5,00	1,00—2,25
1 " Senfsauren	14,00—20,00	4,00—14,00
100 Köpfe holländischer Blumentohl	20,00—26,00	12,00—20,00

Das sind Preissteigerungen bis zu 500 Prozent. Die Kartoffeln sind im Großhandel bis zu 7 Mk. pro Zentner heraufgetrieben. Im Kleinverkauf mußten Preise bis zu 13 Pf. für das Pfund gezahlt werden. Der August 1911 ergab gegen die gleiche Zeit des Vorjahres Preissteigerungen von 60 bis 70 Prozent. Im Haushalt der Arbeiterschaft spielt die Kartoffel eine große Rolle, sie ist an vielen Stellen leider das Hauptnahrungsmittel. Wenn dann solche enorme Preise gezahlt werden müssen, so ist die kümmerlichste Ernährung ernstlich bedroht. Es ist nie gehört worden, daß in ausgesprochenen Kartoffelhaugenden im Großhandel Preise von 6 bis 12 Mk. für den Doppelzentner gezahlt wurden, wie es gegenwärtig der Fall ist. Und im ganzen Reiche sind die Preise enorm hoch, selbst in den ostpreussischen reinen Agrardistrikten stellen sich die Preise auf 8 bis 10 Mk. Die Milch, dieses wichtigste aller Nahrungsmittel, ist in den letzten Monaten um 20 bis 25 Prozent im Preise gestiegen. Der Kaffee ist um 20 bis 50 Prozent teurer geworden. Der Zucker kostete vor sechs Monaten 19 bis 20 Pf. das Pfund, heute werden 28 Pf. und mehr gefordert und bezahlt.

Das „Soziale Museum“ in Frankfurt a. M. hat versucht, die infolge der jetzigen Teuerung eingetretene Mehrbelastung des Haushalts statistisch zu erfassen. Als Unterlagen dienten ihm die vom Statistischen Amt aufgenommenen Haushaltsrechnungen und die Marktberichte der Frankfurter Stadthallenverwaltung. Berücksichtigt wurde nur die vom August 1910 bis August 1911, also innerhalb des letzten Jahres eingetretene Verteuerung. Danach ist die Butter um 14,40 Prozent, der Käse um 15,50 Prozent, die Milch um 16,10 Prozent, der Kaffee um 21,5 Prozent, das Obst um 40 Prozent teurer geworden. Eier waren um 16, Kartoffeln gar um 78 Prozent im Preise gestiegen. Billiger als im Vorjahre waren lediglich Schmalz und Margarine. Das „S. M.“ hat dann auf Grund der Haushaltsrechnungen untersucht, wieviel von den angezogenen Waren im Haushalt des Arbeiters jährlich verbraucht werden und um wieviel sich durch die Verteuerung die Ausgabe erhöht. Als Grundlage der Berechnung dienten drei Haushaltsrechnungen (Frankfurter); die eine von einem Postboten mit einem Kinde und 1087 Mk. Jahreseinkommen, die zweite von einem Maurer mit drei Kindern und 1534 Mk. und die dritte von einem Aufseher mit vier Kindern und 2418 Mk. Jahreseinkommen. Das Ergebnis der Berechnung ist folgendes:

Infolge der im letzten Jahre eingetretenen Verteuerung erhöhten sich die Ausgaben für dasselbe Quantum und die gleiche Qualität Lebensmittel bei dem Postboten (ein Kind) um 59 Mk., bei dem Maurer (drei Kinder) um 122 Mk., bei dem Aufseher (vier Kinder) um 103 Mk. Auffällig scheint hier, daß der zweite Haushalt mehr Ausgabensteigerung hat als der dritte. Das erklärt sich jedoch sehr einfach. Der dritte Haushalt konsumierte infolge seines höheren Einkommens mehr Fleisch, der zweite mehr Kartoffeln und Gemüse. Gerade bei diesen Produkten ist aber die Preissteigerung am größten. Das heißt: Die armen, auf den Genuß von Kartoffeln und Gemüse angewiesenen Arbeiter werden von der Teuerung ganz besonders hart betroffen. Für den oben angeführten Maurer beträgt die Mehrausgabe 122 Mk. im Jahr oder fast acht Prozent seines gesamten Einkommens. Er muß mithin einen vollen Monat arbeiten, um die Summe zu verdienen, die er infolge der Teue-

rung mehr ausgeben muß. Bei so unerhörter Teuerung ist es die unabwiesbare Pflicht eines jeden Arbeiters, einer jeden Arbeiterfrau, den Ursachen der Teuerung nachzugehen und auf Mittel zur Abhilfe zu sinnen.

Als erste und wesentlichste Ursache wird allgemein die abnorme Trockenheit des verfloßenen Sommers angeführt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Reihe von Feldfrüchten, namentlich die Gemüse, ganz allgemein schlecht geraten sind, und das andre, wie Kartoffeln usw., mindestens auf leichtem sandigem Boden, wenig Erträge geliefert haben. Aber die Witterung ist nicht die einzige Ursache der gegenwärtigen Teuerung. Dieselben Faktoren, die uns schon seit Jahren die Lebenshaltung, namentlich die Lebensmittel verteuern, wirken auch bei der gegenwärtigen außerordentlichen Teuerung mit.

Da ist zuerst unsere glorreiche Zollpolitik. Um den deutschen Landwirten für ihre Erzeugnisse hohe Preise zu sichern, wird die Zufuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus andern Ländern gesperrt oder doch erschwert. Für jeden Zentner Korn, den wir aus dem Auslande einführen, verlangt das Reich einen Zoll in beträchtlicher Höhe, und um den Betrag dieses Zolles wird das Korn den deutschen Konsumenten verteuert. Jedes Pfund jedes Pfund Butter mit 10 Pf. Wir könnten gefrorenes Fleisch in bester Qualität aus Argentinien bekommen, aber es darf nicht eingeführt werden; Amerika will uns gern gutes Büchsenfleisch zu billigem Preise liefern, aber die deutsche Regierung verbietet es. Das deutsche Volk mag hohe Preise zahlen oder hungern, wenn nur die Junker hohe Preise für ihre Erzeugnisse bekommen.

Ja noch mehr! Wenn ein Großgrundbesitzer sein Getreide an das Ausland verkaufen will, dann zahlt ihm das Reich noch eine Prämie als Zusatz zu dem Preis, den er vom Auslande erhält. Allerdings nicht in bar, sondern in Form eines sogenannten Ausfuhrscheines. Aber das ist nur ein Deckmantel, der ein standalteses System der Begünstigung verhüllen soll. Der Einfuhrschein kann von dem Inhaber sofort in Geld umgetauscht werden, und das Reich verliert den entsprechenden Betrag an Zolleinnahmen. Im Jahre 1910 büßte das Reich infolge der Einfuhrscheine 123 Millionen Mark ein. Diese ganze Summe wanderte in die Taschen der Getreideproduzenten und -händler, zum größten Teil in die der ostpreussischen Junker. Und in diesem Jahre wird die Summe noch erheblich höher. Der gut geratene deutsche Roggen wird in enormen Mengen ins Ausland verkauft. Da die deutschen Exporteure auf jede Tonne Roggen einen Einfuhrschein in Höhe von 50 Mk. erhalten, können sie dem Auslande — Rußland, Dänemark usw. — denselben Roggen, der in Deutschland 165 Mark kostet, für 115 Mk. verkaufen. Die ausländischen, namentlich die russischen Mühlen kaufen diesen Roggen und verkaufen die daraus gewonnene Mele — also ein Abfallprodukt — für 130 Mk. die Tonne an Deutschland zurück. Es klingt wie eine Geschichte aus dem Tollhaus. Die deutsche Arbeiterschaft muß Hungerpreise für ihr Brot zahlen und das Deutsche Reich zahlt den Kornverkaufenden Junkern und Händlern Prämien dafür, daß sie Brotkorn an das Ausland verkaufen und damit die Preise im Inland noch mehr in die Höhe treiben. Das ist „nationale“ Politik!

Neben den Zöllen verteuern die Verbrauchsa b g a b e n unsere Lebensmittel. Das sind Abgaben, die eine Zollmauer um inländische Fabriken ziehen, die bestimmte Warenverbrauchsartikel herstellen. Zucker, Salz, Zündhölzer usw. werden durch indirekte Steuern um 30 bis 200 Prozent verteuert. An einigen Waren sei hier die Belastung durch Zölle und Verbrauchsa b g a b e n illustriert.

Durch Zölle und Steuern werden verteuert:

1 Kilogr. Roggenbrot um 5,8 Pf.	1 Kilogr. Ka'ao um 20,0 Pf.
1 " Weizenbrot 6,4	1 " Schokolade 50,0
1 " Mehl 10,2	1 " Gemüze 50,0
1 " Graupen, Gerst 21,0	1 " Salz 12,0
1 " Fleisch 35,0	1 Stück Hering um 0,5
1 " Speck 36,0	1 Liter Bier um 4,5
1 " Schmalz 10,0	1 " Brauntwein 47,0
1 " Butter 20,0	1 " Petroleum 6,0
1 " Margarine 20,0	1 5 Biennig-Giarre 1,0
1 " Käse 15,0	10 Stück Zigaretten zu 1/2 Pf.
1 " Eier (20-25 St.) 2,0	1 " " 2,0
1 " Erbsen, Linen 1,5	10 Stück Zigaretten zu 2/3 Pf.
1 " Jucker 14,0	1 " " 3,0
1 Kilogr. Kaffee (roh) 60,0	1 Paket (10 = Schachteln) Streichhölzer 15,0
1 " Tee 100,0	

Wie hoch diese Verteuerung fast aller wichtigen Lebens- und Genussmittel sich im Jahre beläuft, kann sich der Arbeiter und noch besser die Arbeiterfrau leicht berechnen. Einige hundert Mark zahlt so selbst die kleinste Arbeiterfamilie als indirekte Steuer an den Staat oder als Profit an die Junker. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese ungeheuerliche, immer wachsende Verteuerung des Volkes bei einer Teuerung zu einer doppelten, nein hundertfachen Ungerechtigkeith wird.

Die Organisation unres Handels trägt gleichfalls viel Schuld an der scharfen und sprunghaften Verteuerung. Der rein spekulative Handel an unsern Börsen zeitigt oft Folgen, die für weite Volksteile, ja für das ganze Volk von einschneidender Bedeutung sind. Daß eine Handvoll reicher Jodder, die in die Hände gehen, die erreichbaren Vorräte einer Ware aufkaufen und dann willkürlich die Preise festsetzen können, ist ein Vorgang, der in einem geordneten Staatswesen unmöglich sein sollte. Ungemein preissteigernd wirkt auch die Verzettlung des Warenverkehrs

durch den Kleinhandel. Nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ betrug die Steigerung der Lebensmittelpreise von 1905 bis 1911 im Großhandel nur 3, im Kleinhandel aber 10 bis 30 Prozent. Während der Kleinhandel bei fallenden Preisen erst sehr spät, oft gar nicht, immer aber ungenügend ist er bei steigenden Preisen sofort mit Aufschlägen da. Und diese Aufschläge übersteigen meist erheblich die tatsächlich eingetretene Steigerung. Wenn sich aber die Arbeiter in Konsumgenossenschaften vereinigen, um den Preis treibern des Kleinhandels zu entgehen, dann kommt, wenigstens in Preußen, und nicht nur in Preußen, die Regierung und sucht diese Bestrebungen zu unterdrücken oder doch aufzuhalten.

Die Schuld an der gegenwärtigen Teuerung trägt also nicht ausschließlich, vielleicht nicht einmal vornehmlich, das Wetter, sondern auch die einseitige, auf die Interessen der Junker und Kapitalisten zugeschnittene Zoll- und Steuerpolitik. Und deshalb ist die Teuerung auch kein unabwendbares Verhängnis, das wir still und geduldig ertragen, sondern eine Folgeerscheinung unserer volksfeindlichen, kapitalistischen Interessenpolitik, gegen die wir uns energisch wehren müssen.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Sozialdemokratie Deutschlands auf ihrem Parteitag in Jena eine Resolution angenommen, in der von der Reichsregierung die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Doffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, die Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine gefordert wird. Von den Landesregierungen fordert der Parteitag Ermächtigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art und von den Gemeinden Veranstaltungen zur Förderung der Produktion und des Verkehrs der Lebensmittel in solchem Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Die Erfüllung dieser Forderungen würde eine wesentliche Milderung der Teuerung zur Folge haben. Trotzdem werden die Regierungen und die Kommunen den Forderungen nicht nachkommen. Zwar können sie nicht ganz achlos an dem offensichtlichen Notstand vorbeigehen, aber sie werden sich auf Maßnahmen beschränken, die mehr weiße Seide als wirkliche Hilfe sind. Einige solcher halben Maßnahmen sind ja schon getroffen. Das preussische Staatsministerium hat die Frachtsätze für Nahrungs- und Futtermittel herabgesetzt und die kleinbaulichen Regierungen haben sich dem angeschlossen. Auch für Düngemittel sind die Frachtsätze ermäßigt worden. Die Beseitigung der Einfuhrscheine und die Herabsetzung des Zolles auf Mais wird angeblich „erwogen“. An die einzig wirksame Maßnahme: die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel, denkt die Regierung nicht. Auch die Gemeinden sind nur schwer, oft gar nicht, zu einem Einschreiten zu bewegen. In Königsberg, der Stadt der „reinen Vernunft“, verteidigten selbst freisinnige Stadtväter die Lebensmittelzölle und die Einfuhrscheine. Nur die Sozialdemokraten befürworteten in allen Orten, in denen sie Einfluß im Stadtparlament haben, Maßnahmen zur Milderung der vorhandenen Not. In einigen Städten haben sie mit ihren Anregungen und Vorschlägen Erfolg gehabt, in den meisten sind sie an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Im großen und ganzen ist das, was Reich, Staat und Gemeinden bisher gegen die Teuerung getan haben, weniger als der bekannte Tropfen auf den heißen Stein.

Es ist also auch hier wie immer: Die Arbeiterschaft muß sich selber helfen. Und sie kann es, wenn sie will. Die kommenden Reichstagswahlen bieten die beste Gelegenheit, den Teuerungspolitikern eine Antwort zu geben, an die sie denken müssen. Wenn das Volk seine Stimmen nur solchen Kandidaten gibt, die sich verpflichten, gegen die Verteuerung der Lebensmittel durch indirekte Steuern und Zölle einzutreten, so ist damit schon sehr viel geholfen.

Die Arbeiterschaft muß aber auch eine der Teuerung entgegenstehende Erhöhung des Einkommens anstreben. Aufbesserung der Löhne muß jetzt noch entschiedener gefordert werden als bisher. Die Durchsetzung dieser Forderung ist aber nur möglich, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen gestärkt und ausgebaut werden. Verdoppelter Eifer bei der Arbeit für die gewerkschaftliche Organisation ist ein wirksames Mittel gegen die Schäden der Teuerung.

Die Stärkung der Genossenschaften, der Konsumvereine ist ein weiteres Abwehrmittel. Der genossenschaftliche Warenbezug mindert die Profite des Zwischenhandels und verbilligt dadurch die Waren. Ueberdies ist die aus dem Konsumverein bezogene Ware im Durchschnitt besser in der Qualität. Durch massenhaften Eintritt in die Konsumvereine können die Arbeiter nicht nur die Folgen der gegenwärtigen Teuerung mildern, sondern auch allgemeinen und dauernden Einfluß auf die Preisbildung gewinnen.

Stärkung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter — das ist die Lehre, die wir aus der gegenwärtigen Teuerung ziehen müssen.

Ausnahmegeetze her!

Die Schreier nach Ausnahmegeetzen werden immer lauter und aufdringlicher. Es scheint beinahe, als ob die nächsten Reichstagswahlen unter der Parole ausgefochten werden sollten: Für oder wider Ausnahmegeetze gegen die organisierte Arbeiterschaft! Zwar würden die Scharfmacher mit dieser Wahlparole allerhand Enttäuschungen erleben, aber die Angst scheint ihnen die ruhige Ueberlegung zu rauben.

In der 53. Generalversammlung des Bergbauischen Vereins für das Ruhrgebiet beschäftigte sich der Sekretär des Verbandes, Herr v. Löwenstein, in seinem Geschäftsbericht selbstverständlich auch mit der bösen Arbeiterfrage. Nach einem ebenso gehässigen wie verständnislosen Ausfall auf die Arbeiterversicherung sagte er: „Wenn der Staat seinen Bürgern durch die Versicherung eine ausreichende Lebenshaltung, Schutz vor Sorge und Not schafft, dann ist er auch berechtigt, allen Unternehmern des Umfanges mit doppelter Entschiedenheit entgegenzutreten.“ Wie sich der geachtete Herr das Entgegen-treten in „doppelter Entschiedenheit“ denkt und wen er unter die „Unternehmer des Umfanges“ verstanden wissen will, sagte er ein wenig später, bei einem Hinweis auf die Frage des Reichs-einigungsamts nach australischem Muster. Er meinte:

„Man wird es nicht als unbillig bezeichnen, wenn wir bei Einrichtung dieses Amtes, dessen Vorbild England v. Verleßlich in Australien gefunden hat, verlangen, daß wenigstens auch die dort in Anwendung stehende gesetzliche Bestimmung auf unsere Verhältnisse übernommen wird, nach der jede Aufforderung zum Streik mit hoher Geldstrafe bzw. vieljähriger Gefängnisstrafe geahndet wird.“

Das wäre so etwas für unsere Scharfmacher! Die Arbeiter werden aus- und die Führer eingesperrt. Nur gut, daß es auch Trauben gibt, die hoch hängen. Der Hinweis auf Australien ist in dieser Form nichts weiter als gemeingefährliche Demagogie. Das Einigungswesen ist in Australien durch eine ganze Reihe von einzelstaatlichen Gesetzen geregelt, die sehr verschiedene Bestimmungen haben; das einheitliche Bundesgesetz aber bezieht sich nur auf solche Streitigkeiten, die über das Bereich eines Staates hinausgehen. In diesem Gesetz sind allerdings Geldstrafen bis zu 1000 Pfund Sterling (20 000 Mk.) vorgesehen. Aber diese Strafen werden nicht nur bei Streiks, sondern auch bei Aus-sperrungen angeordnet. Uebrigens gelten sie nur für solche Fälle, in denen gegen die Einigungsbestimmungen verstoßen wird. Herr v. Löwenstein sollte aber auch wissen, daß dasjenige Gesetz, das den Unternehmern mit Geldstrafe bis zu 20 Pfund (400 Mk.) bedroht, der einen Arbeiter entläßt, weil er Vertreter oder Mitglied seiner Organisation ist. Hoffentlich kräutert er sich nicht, auch diese Bestimmung nach Deutschland zu übernehmen.

Etwas näher als Herr v. Löwenstein sucht die „Arbeitsgeber-Zeitung“ ihre Vorbilder. In einer russischen Zeitung hat ein Jemand, dem das gegenwärtige Schandregiment noch nicht brutal genug ist, einen Vorschlag zur Bekämpfung von Streiks veröffentlicht. Was hat nun dieser russische Reformator vorgeschlagen?

„Eine sofortige Ausweisung — d. h. ein Abschieben aller Streikenden nach deren Wohnorten, unter strengstem Verbot, diesen Wohnort drei bis fünf Jahre zu verlassen.“

Diese menschenfreundliche Maßnahme ist dem russischen Streikführer aber noch zu milde. Ausdrücklich bemerkt er, daß „mit Kampfbahnen und Geheißdämmen“ strenger verfahren werden soll. — Wahrscheinlich sollen sie aufgehängt werden.

Jedem leidlich vernünftigen Menschen muß einleuchten, daß dieser Vorschlag nur in einem krankem Sinn geboren werden konnte, und daß seine Durchführung vielleicht bei den Gottentötten, nicht aber in einem Kulturstaate, und sei es auch nur ein Kulturstaat à la Preußen oder Rußland, möglich wäre. Nicht so die „Arbeitsgeber-Zeitung“. Sie sieht in dem Vorschlage eines pervertierten Geistes eine Art Et des Kolumbus und ist bemüht, daß sie ihn nicht selber ausgeheckt hat. Sie befürchtet, daß die Durchführung dieses Vorschlags die russische Industrie „immer jähnelter in die Lage versetzt, sich auf eigene Füße zu stellen, während in den übrigen Industriestaaten Europas, die als „Kulturländer“ stolz auf den höchsten Nachbar herabschauen, die Befassung und Beunruhigung der Industrie immer weiteren Umfang annimmt“. Und schmeichelt sich die Scharfmacherin denn: „Dort bekräftigt man die betriebsbrüchigen Arbeiter mit Verbannung und geht gegen die eigentlichen Kampfbahnen mit aller Energie vor; hier wagt man nicht einmal, dem Unfug des Streikpotenziums entgegenzutreten.“ Man sieht, in ihrem Gemüth von Herzensangst und Freude überfließt das Wort ganz, daß der Plan vorläufig nur in dem Sinn eines schändlich verurteilten Wunsches, nicht aber als geltendes Gesetz besteht. Und verständig ist der „Unfug des Streikpotenziums“ auch „dort“, d. h. in Rußland, noch erlaubt. Willkürlich macht aber Deutschland mit der Durchführung des russischen Vorschlags die Probe aufs Exempel! Wir würden darüber lachen.

Der 1. Mai im Spiegel unfres Parteitag-Berichts im „Proletarier“.

Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten in Jena wird schließlich als Bescheidend, daß die Demonstration am 1. Mai d. J. nicht nur als ein vorübergehender Akt, sondern als ein dauerndes Merkmal der Arbeiterbewegung angesehen werden soll. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen die Christen Anzeigen bringen, die sie vorher mit den freien Gewerkschaften zur gemeinsamen Durchführung eines Lohnkampfes geschlossen haben, in einer Weise, die auf Planmäßigkeit schließen läßt. Ein recht deutliches Beispiel hierfür ist die Hinterhältigkeit, die der Reichsverband der freien Gewerkschaften, den wir kürzlich im „Proletarier“ veröffentlichten. Ein andres, ähnliches Beispiel eines andern Beirats des selben Verbandes veröffentlicht jetzt die „Münchener Post“. Zum Verständnis und zur besseren Würdigung des famosen Briefes sei folgendes vorausgeschickt: Der freie Transportarbeiterverband hatte mit dem christlichen Verband eine Lohnbewegung bei der Firma Lagerhaus-Ostbahnhof in München vorbereitet. In einer Versammlung der Arbeiter wurde aus Vertretern beider Verbände eine Kommission gewählt zur Ausarbeitung der Forderungen. Der Beirats des christlichen Verbandes — Kammermeister ist sein Name — gab, als die Unparteilichkeit der Christen angezweifelt wurde, die ehren-würdige Erklärung ab, daß er allein nichts unternehmen werde. Das war am 28. August. Drei Tage später aber schrieb derselbe Herr Kammermeister folgenden Brief:

Journalverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands.
 Vorstand: Herr I. und II. München, Fürstenfelder Straße 4/3.
 Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften.
 Telefonamt No. 2462.
 München, den 31. August 1911.
 Herr I. Lagerhaus-Ostbahnhof, z. H. dessen Herrn
 Direktor W. G. Müller, Hochachtungsvoll
 München-O.

Der Unterzeichnete gestattet sich einen in der Anlage enthaltenen Entwurf eines Lohnvertrages gütlich zu unterbreiten.
 Diese Vorlage war Gegenstand mehrerer Beratungen und Sitzungen unserer Verbandsmitglieder und wurde von denselben mit Unterstützung an die Direktion genehmigt. Die Arbeiter waren mit mir der Ansicht, daß die vorliegende Direktion dieser Vorlage ohne weiteres ihre Zustimmung geben wird, zumal im Expeditionsberichte, Geld- und Rechen-lagen schon die in der Anlage enthaltenen Vorschläge besprochen sind.

Der Zweck dieses kurzen Artikels soll sein, eine Aussprache über den 1. Mai herbeizuführen, und wenn man sich schon zwanzig Jahre damit herumganz, müssen wir es im einundzwanzigsten immer noch einmal versuchen, endlich eine Klärung zu finden. Erst genug ist die Sache. Zum Gamentieren liegt keine Ursache vor, ebensowenig wollen wir Begeisterung heucheln, wo man gern etwas anderes möchte. Von den Gewerkschaftsvorständen, die in ziemlichlicher Anzahl in Jena waren, hätte ich erwartet, daß sie auch frei ihre Meinung geäußert hätten, aber auch hier war vielleicht Schweigen Gold. Möge es endlich einmal zu einer frischen, freien Aussprache kommen.

Herrmann Keyser.

Nach Schrift der Redaktion. Wir bitten unsere Leser, der freundlichen Aufforderung des Kollegen Keyser nicht nachzukommen. Nach dem Beschluß des Parteitags soll Deutschland versuchen, die Maßfeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses (1913 in Wien) zu bringen. Gelingt das, und das ist als sicher anzunehmen, dann kann und wird dem Kongreß eine ausgiebige Behandlung der Frage in der Presse voranzugehen. Im Augenblick würde die Aussprache nutzlos verpuffen.

Zum sachlichen Inhalt der Aufschrift des Kollegen Keyser bemerken wir, daß Pfannkuch die Ausbehnung der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht nachgewiesen, sondern nur behauptet hat. Das sind aber zwei sehr verschiedene Dinge.

Der Widerspruch zwischen dem im „Proletarier“ erschienenen Artikel und dem Bericht des 1. Mai und der Beurteilung des 1. Mai im Bericht über den Parteitag besteht nur für den, der die Form nicht von der Sache trennt. Wir haben noch nie und nirgends den Grundgedanken, der in der Maßfeier liegt, bekämpft, sondern nur immer die Forderung der Arbeitsruhe. Und das Referat des Genossen Pfannkuch hat unsere Auffassung nicht erschüttert.

„Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigtesten Bestrebungen durch den Zugug fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Wer daher die Verbesserung der arbeitenden Verufe jeden Standes . . . anstrebt, wird darauf bedacht sein müssen, solchen Zugug von dem Gebiete des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bedarf an Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der klagende Verband, der sich die Förderung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen zur Aufgabe macht, . . . auch Vorkehrungen treffen, daß die wirtschaftlich Bedrängten, insbesondere die mehr oder minder arbeitslosen Berufsangehörigen im Ernstfalle nicht allzuleicht ins feindliche Lager übergehen und ihre Dienste dem anbietenden, der im Lohnkampfe den Vereinsmitgliedern als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind naturgemäß der Versuchung besonders ausgeführt, mit einer geringen Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines andern Vorteiles die gemeinsame Sache zu verlassen und das von den übrigen Berufsangehörigen und anfänglich auch von ihnen selbst angestrebte Ziel aufzugeben.“

Wir wollen den Arbeitern gleich aus dem Staunen heraus helfen, indem wir mitteilen, daß es sich bei dem Urteil nicht um einen Arbeiter streik, sondern um einen Streik der Ärzte handelt.

Jetzt berichten die Zeitungen von einem andern Fall eines Arztstreiks. Ein Stadtarzt hatte seine Stelle gekündigt, als die Gemeinde die Bezüge nicht erhöhen wollte. Die Stadtkommunalverwaltung schrieb die Stelle aus und ein anderer Arzt besetzte sie. Dadurch zog er sich die Gegnerschaft seines Vorgängers zu. In einem Briefe an den Stadtmagistrat erklärte der gegangene Arzt, daß er den neuen Stadtarzt nicht für einen Kollegen, noch weniger für einen anständigen Kollegen halte.

Der Stadtarzt klagte, und sämtliche ärztliche „Sachverständige“ traten mit den schärfsten Worten gegen den „Streikbrecher“ auf. Das Gericht sprach den Briefschreiber frei. Aus dem Urteil wird mitgeteilt:

Der Beklagte habe mit seiner Auslassung seine Mißachtung gegen den Kläger kundgeben wollen, und zwar im Bewußtsein des beleidigenden Charakters seiner Handlungsweise. Er habe aber in Wahrung seiner Ehre gehandelt und sei hierbei nicht zu weit gegangen. Mit der Bemerkung um die Stadtarztstelle sei der Kläger dem Beklagten tatsächlich in den Rücken gefallen. Es könne gleichgültig sein, ob die Sperrung der Stadtarztstelle (durch den Arztverband) berechtigt war oder nicht.

Das Urteil des Schöffengerichts wurde in zweiter Instanz bestätigt. Die Arbeiter ersehen an diesem Urteil aufs neue, daß es nicht nur darauf ankommt, ob die Gelege für alle gleich sind, sondern auch darauf, wie sie ausgelegt werden.

Ärzte und Arbeiter.

Goldene Worte hat einmal das Landgericht in Dresden über das Recht der Streikenden gesprochen. In einer Urteilsbegründung hieß es:

„Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigtesten Bestrebungen durch den Zugug fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Wer daher die Verbesserung der arbeitenden Verufe jeden Standes . . . anstrebt, wird darauf bedacht sein müssen, solchen Zugug von dem Gebiete des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bedarf an Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der klagende Verband, der sich die Förderung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen zur Aufgabe macht, . . . auch Vorkehrungen treffen, daß die wirtschaftlich Bedrängten, insbesondere die mehr oder minder arbeitslosen Berufsangehörigen im Ernstfalle nicht allzuleicht ins feindliche Lager übergehen und ihre Dienste dem anbietenden, der im Lohnkampfe den Vereinsmitgliedern als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind naturgemäß der Versuchung besonders ausgeführt, mit einer geringen Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines andern Vorteiles die gemeinsame Sache zu verlassen und das von den übrigen Berufsangehörigen und anfänglich auch von ihnen selbst angestrebte Ziel aufzugeben.“

Wir wollen den Arbeitern gleich aus dem Staunen heraus helfen, indem wir mitteilen, daß es sich bei dem Urteil nicht um einen Arbeiter streik, sondern um einen Streik der Ärzte handelt.

Jetzt berichten die Zeitungen von einem andern Fall eines Arztstreiks. Ein Stadtarzt hatte seine Stelle gekündigt, als die Gemeinde die Bezüge nicht erhöhen wollte. Die Stadtkommunalverwaltung schrieb die Stelle aus und ein anderer Arzt besetzte sie. Dadurch zog er sich die Gegnerschaft seines Vorgängers zu. In einem Briefe an den Stadtmagistrat erklärte der gegangene Arzt, daß er den neuen Stadtarzt nicht für einen Kollegen, noch weniger für einen anständigen Kollegen halte.

Der Stadtarzt klagte, und sämtliche ärztliche „Sachverständige“ traten mit den schärfsten Worten gegen den „Streikbrecher“ auf. Das Gericht sprach den Briefschreiber frei. Aus dem Urteil wird mitgeteilt:

Der Beklagte habe mit seiner Auslassung seine Mißachtung gegen den Kläger kundgeben wollen, und zwar im Bewußtsein des beleidigenden Charakters seiner Handlungsweise. Er habe aber in Wahrung seiner Ehre gehandelt und sei hierbei nicht zu weit gegangen. Mit der Bemerkung um die Stadtarztstelle sei der Kläger dem Beklagten tatsächlich in den Rücken gefallen. Es könne gleichgültig sein, ob die Sperrung der Stadtarztstelle (durch den Arztverband) berechtigt war oder nicht.

Das Urteil des Schöffengerichts wurde in zweiter Instanz bestätigt. Die Arbeiter ersehen an diesem Urteil aufs neue, daß es nicht nur darauf ankommt, ob die Gelege für alle gleich sind, sondern auch darauf, wie sie ausgelegt werden.

Gegnerische Gewerkschaften.

Christliche Taktik.

Es ist allgemein bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften bei Lohnbewegungen außerordentlich unzuverlässige Bundesgenossen sind. Für ihre Unzuverlässigkeit, die man oft direkt Arbeiterverrat nennen möchte, liegen zahlreiche Beweise vor. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen die Christen Anzeigen bringen, die sie vorher mit den freien Gewerkschaften zur gemeinsamen Durchführung eines Lohnkampfes geschlossen haben, in einer Weise, die auf Planmäßigkeit schließen läßt. Ein recht deutliches Beispiel hierfür ist die Hinterhältigkeit, die der Reichsverband der freien Gewerkschaften, den wir kürzlich im „Proletarier“ veröffentlichten. Ein andres, ähnliches Beispiel eines andern Beirats des selben Verbandes veröffentlicht jetzt die „Münchener Post“. Zum Verständnis und zur besseren Würdigung des famosen Briefes sei folgendes vorausgeschickt: Der freie Transportarbeiterverband hatte mit dem christlichen Verband eine Lohnbewegung bei der Firma Lagerhaus-Ostbahnhof in München vorbereitet. In einer Versammlung der Arbeiter wurde aus Vertretern beider Verbände eine Kommission gewählt zur Ausarbeitung der Forderungen. Der Beirats des christlichen Verbandes — Kammermeister ist sein Name — gab, als die Unparteilichkeit der Christen angezweifelt wurde, die ehren-würdige Erklärung ab, daß er allein nichts unternehmen werde. Das war am 28. August. Drei Tage später aber schrieb derselbe Herr Kammermeister folgenden Brief:

Journalverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands.
 Vorstand: Herr I. und II. München, Fürstenfelder Straße 4/3.
 Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften.
 Telefonamt No. 2462.
 München, den 31. August 1911.
 Herr I. Lagerhaus-Ostbahnhof, z. H. dessen Herrn
 Direktor W. G. Müller, Hochachtungsvoll
 München-O.

Der Unterzeichnete gestattet sich einen in der Anlage enthaltenen Entwurf eines Lohnvertrages gütlich zu unterbreiten.
 Diese Vorlage war Gegenstand mehrerer Beratungen und Sitzungen unserer Verbandsmitglieder und wurde von denselben mit Unterstützung an die Direktion genehmigt. Die Arbeiter waren mit mir der Ansicht, daß die vorliegende Direktion dieser Vorlage ohne weiteres ihre Zustimmung geben wird, zumal im Expeditionsberichte, Geld- und Rechen-lagen schon die in der Anlage enthaltenen Vorschläge besprochen sind.

Wir haben es aber auch für zwecklos gehalten, höhere Forderungen zu stellen, da diese nur längere Verhandlungen nach sich ziehen würden. In einer am Montag, dem 28. August, im Gasthaus zur Krone stattgefundenen Versammlung wurde von den Vertretern des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes be-zogen, daß höhere Forderungen gestellt werden müßten, und zwar deshalb, weil die Arbeiter einen Verlust dadurch gehabt hätten, weil im letzten Jahre bei den übrigen Firmen schon höhere Löhne bezahlt wurden. Ich mußte dieses wohl zugeben, habe aber betont, daß bei der Firma Lagerhaus Ostbahnhof in den Jahren von 1906 bis 1910 höhere Löhne wie bei den übrigen Firmen bezahlt wurden und infolgedessen der An-spruch schon gegeben ist, und wir es als ein Unrecht bezeichnen müßten, von ihnen höhere Löhne zu verlangen als gegenwärtig bezahlt werden.

Diese Versammlung hat beschlossen, in gemeinsamer Sitzung die Forderungen aufzustellen und den Tarif gemeinsam durch beide Verbände einzu-zureichen. Unser Stellung ist diesmal etwas komplizierter wie sonst und es hängt von Ihrer Erklärung ab, ob Sie mit unserm Verbands allein oder gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Verbands ver-handeln und einen Tarif abschließen wollen.

Sollte das erstere der Fall sein, so bildet unsere Vorlage Gegen-stand der Verhandlungen; im andern Falle müßten wir unsere Vorlage zurückziehen und auf der Basis ge-meinsamer Forderungen verhandeln und dieselbe solidarisch mit dem andern Verbands vertreten.

In einer geschlossenen Mitgliederversammlung unfres Verbandes, die gestern stattfand, gaben unsere Mitglieder der Ansicht Ausdruck, daß, wenn die Firma mit unserm Verbands allein einen Vertrag abschließen wolle, allen Maßnahmen, die auf eine Schädigung des Betriebes hinauslaufen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Wir bitten Sie unsere Vorlage einer wohlwollenden Würdigung zu unterziehen und uns geeignete Mittelteilungen zukommen zu lassen, wann und ob Sie geneigt sind, mit uns zu verhandeln.

Mit aller Hochachtung!
 Ludwig Kammermeister,
 Bezirksleiter, Fürstenfelder Straße 4/3.

Drei Tage nach Abschluß dieses Briefes veränderte Herr Kammermeister noch einmal, daß er nichts allein unternehmen werde. Dann aber ging er hin und schloß mit der Firma einen Vertrag ab! Und als die „Münchener Post“ diese hinterhältige Taktik des Christenführers gebührend annagelte, da erklärte der Mann der Heilmittel, wahr-scheinlich inspiriert von Herrn Kammermeister, der christliche Verband habe die ehrliebe Absicht gehabt, mit dem Transportarbeiterverband gemeinsam vorzugehen, aber — die Firma habe nicht gewollt.

Nun was Kammermeister es abgesehen hatte, ist vollständig klar. Er schloß den Tarif hinter dem Rücken seiner Verbündeten ab. Die „Koten“ — so lautete die Bezeichnung — lassen sich das nicht gefallen, sie treten in den Streik, und dann blüht der Weizen des christlichen Hilfsarbeiterverbandes. Die nötige Anzahl christlicher Streikbrecher wird herbeigeholt, der Betrieb, der zum größten Teil freigewerkschaftlich organisiert ist, wird christlich!

Das ist christliche Taktik! Man könnte sie auch anders nennen.

Herzingschiffen.

In einer christlichen Gewerkschafts-Versammlung, die am 17. September in Hülfs stattfand, vernichtete der christliche Gewerkschaftssekretär Schwarz die freien Gewerkschaften, besonders den Bau-arbeiterverband. Nach seinen Ausführungen hatte dieser mit der Firma Wamms in Hülfs einen Vertrag abgeschlossen, nachdem der allgemeine Tarif für das Baugewerbe nur für solche Bauten der Firma gelten sollte, die auf Krefelder Gebiet liegen. Diesen Vertrag bezeichnete Schwarz als „eine Schmach für die organisierte Arbeiterklasse“, als Beweis dafür, daß die Interessen der Arbeiter von den freien Gewerkschaften „mit Füßen getreten“ werden. Eine lange Entrüstungsresolution wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Entrüstung des frommen Herrn in allen Ehren, aber sie war in diesem Falle, wie schon so oft, am falschen Platz angebracht. Der Vertrag ist allerdings abgeschlossen, aber nicht vom freien, sondern vom christlichen Bauarbeiterverband. Das nennt man einen Her-zingschiffen!

Christliche Gewerkschaftsführer und Mitglied im Bund der Landwirte.

Es gibt keine zweite Organisation in Deutschland, die so netze Sonder-interessenvertretung auf ihre Fahne geschrieben hat wie der Bund der Landwirte. Strupplos wird von ihr die schlimmste Ausbeutung der Ar-beiterklasse durch die Junker heilig gehalten, und es gibt keine reaktio-nären, volks- und arbeiterfeindlichen Pläne, die nicht vom Bund gestützt und propagiert werden. Mitglied dieser Organisation aber ist — Franz Behrens, der Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und Ausschußmitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften! Höher hinauf geht es nimmer mit der „Vertretung der Arbeiter“ durch die christlichen Gewerkschaftsführer.

Papier-Industrie

Eine Stimme aus der Wüste.

In Nr. 43 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ schreibt der Direktore eine „Blauderei über Bezahlung und Behandlung“. Obwohl die Bezeichnung „Blauderei“, die der Ver-fasser mit einem nicht eben häufigen Grad von Selbsterkenntnis seinem Artikel gibt, sachlich richtig ist, d. h. obwohl der Verfasser bei der Behandlung der an sich gewiß wichtigen Frage weder tief scharft noch klar sieht, wirkt die Abhandlung im „Wochenblatt“ wie eine Quelle in der Wüste. Gleich im einleitenden Satz werden eine ganze Reihe der von Ditzes und andern Profitphilosophen ge-sungenen Loblieder auf den immer gerechten und humanen Unter-nehmer als eitel Klunker entlarvt. Der Satz beginnt nämlich so: „Auf diesem Gebiete (dem der Bezahlung und Behandlung) haben sich im Laufe der Zeit so viele Ungerechtigkeiten eingeschlichen.“ Da der Verfasser ein Fabrikdirektor ist, der, seinen eigenen Versicherungen zufolge, eine lange Praxis in verschiedenen Betrieben hinter sich hat, und da er sich ferner im Laufe seiner Abhandlung, als ein strammer Kapitalfreund erweist, der der „roten Presse“ und der Selbsthilfe der Arbeiter nichts weniger als Sympathie entgegenbringt, wird Herr Ditzes durch dies Geständnis arg in Verlegenheit kommen. Wenn wir so etwas sagen, ist die Abrede leichter.

Noch weniger als diese Feststellung dürfte unsern Papier-fabrikanten der dritte Satz behagen, in dem der Verfasser seine Er-fahrungen in folgenden Satz zusammenfaßt: „Die besten Er-gebnisse in jeder Beziehung erzielt ich natur-gemäß mit reichlich bezahlten Arbeitskräften bei ausgezeichnete Behandlung.“ Was der Satz sagt, ist weder neu noch überraschend. Wir haben den Stand-punkt schon immer vertreten, und zahlreiche Unternehmer haben seine Richtigkeit erprobt und zugestanden. Aber daß es im „Wochenblatt“ und vom Direktor einer Papierfabrik geschrieben wird, das ist neu und überraschend. Denn seither kennen wir das „Wochenblatt“ nur als Vertreterin der allerhöchsten Scharfmacherei, und die Papierherren zeigten sich in ihrer über-schätzten Weisheit diesem Blatte würdig. Wir würden uns über die Besserung freuen, wenn wir überzeugt wären, daß sie anfällt.

Der Verfasser äußert sich dann über Wert und Wirkung der Akkordarbeit und der Prämien. Die Akkordarbeit will er zwar nicht beseitigt wissen, aber er ist doch einsichtig genug, sie auf solche Arbeiten zu beschränken, die ihrer Art und Dauer nach dazu ge-

eignet sind. Er schreibt: „Wie zum Beispiel ein Fachmann dazu kommen kann, in Afford Holz schleifen zu lassen, ist mir unbegreiflich; da doch bekanntlich jede Schleiferei sehr erhebliche Schwankungen im Holzverbrauch zeigt, denn Steinmaterial, Schärfe, Holzart, Witterung usw. sind gewaltige Beeinflussungsfaktoren.“ Das ist gewiß richtig, trotzdem wird in zahlreichen, um nicht zu sagen in den meisten Betrieben in Afford geschliffen. Die Affordfäße werden eben so gestellt, daß der Arbeiter nur dann, wenn alle Faktoren günstig sind, einen halbwegs annehmbaren Lohn erzielt. Weniger Einsicht als die Beurteilung der Affordarbeit verleiht das Mittel, das der Verfasser ansetzt, um Reduktionen der Affordfäße zu vermeiden. Er empfiehlt nämlich, „mit sehr knappen Affordfäßen“ anzufangen. Was der Rat heißen will, kann nur beurteilen, wer da weiß, wie knapp schon heute in der Papierindustrie die Affordfäße bemessen werden. Wochenverdienste von 4 bis 6 Mk. sind schon heute bei neuen Afforden nicht selten. In diesem Punkte war eine Mahnung wirklich nicht nötig.

Einige weitere gegen die Affordarbeit gerichtete Gründe scheinen mehr vom Bestreben diktiert zu sein, nicht ganz aus dem für das „Wochenblatt“ zulässigen journalistischen Niveau herauszufallen. So, wenn der Verfasser die Beobachtung gemacht haben will, daß „Affordarbeiter mehr als andre dazu neigen, zu verwillern“, daß sie „bummeln“ oder gleich dem Künstler die „Stimmung abwarten“ und die daraus resultierende Vagance „durch Trinken, Rindereien und Scherereien“ vertreiben. Diese abernen Behauptungen stehen mit den übrigen Angaben des Artikels dermaßen im Widerspruch, daß wir sie beinahe für ein Einschleichen irgendeines um den Ruf des „Wochenblattes“ besorgten Nachtwächters halten.

Von der Prämie wird gesagt, sie stelle „im Grunde nichts andres dar, als ein Mißtrauensvotum in milderer Form“, wenigstens dann, wenn sie ausgeworfen wird, „um die Mitarbeiter zu interessieren“, soll heißen, um die Arbeiter zu äußerster Anspannung ihrer Kräfte anzutreiben. „Wein Prämienystem ist es selten der Fall, daß die Prämie eine gerechte Grundlage hat“, heißt es weiter in dem Artikel. Zum Beweis wird darauf verwiesen, daß die Produktionsprämie in einer Druckpapierfabrik eigentlich eine Qualitätsprämie für die Holzschleifer sei, weil ja von der Beschaffenheit des Holzschliffs mehr abhängt als von der Aufmerksamkeit und dem Fleiß der bei der Fabrikation des Druckpapiers beschäftigten Arbeiter. Natürlich bekämpft der Direktor die Prämien nun nicht deshalb, weil die Gerechtigkeit dabei lädiert wird, sondern aus einem viel weniger idealen Grunde. Er meint: „Das Interesse aller Arbeiter flaut ab, wenn sie die Empfindung haben, daß außer Fleiß und Geschicklichkeit noch gewichtige Faktoren mitspielen.“ Also durchaus nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Unternehmer wird die Befestigung der Prämien empfohlen. Dabei wird noch eine andre Wunde des Prämienystems berührt: die mangelhafte Kontrolle der Arbeiter über die Höhe der Prämie. Es ist in vielen Fabriken üblich, daß die Arbeiter erst am Lohnstag erfahren, wieviel sie an Prämien verdient haben. Die mangelhafte Kontrolle und unumgängliche Nachprüfung des Lohnes führt natürlich häufig zu Differenzen und Auseinandersetzungen. Der Gewerksmann des „Wochenblattes“ sieht bei solchen Differenzen natürlich nur den Arbeiter im Unrecht. „Ich kenne viele Fälle, in denen von Arbeitern, vollkommen ungerechtere Weise, dieser und jener Firma ein betrügerisches Vorgehen in gemeinster Weise und in breiter Öffentlichkeit zum Vorwurf gemacht wurde“, versichert er uns. Nun, wir kennen Fälle, in denen die Arbeiter in gemeinster Weise um ihre schwer verdiente Prämie geprellt wurden.

Auch die Weihnachtsgeschenke bewertet der Herr Direktor recht pessimistisch. Er meint, sie wären „eine weitere Quelle von Gehässigkeiten, Mißgunst, Unzufriedenheit usw.“. Da wir in der Verteilung der Geschenke selbst mit dem Herrn einig sind, soll uns seine kapitalistisch-verbissene Begründung nicht kümmern. Schließlich dehnt der Herr sein absprechendes Urteil auf die Wohlfahrtsvereine in Einrichtungen überhaupt aus. „Ein reichliches festes Einkommen, vorzügliche und gerechte Behandlung, das sind die Quellen eines fruchtbareren Betriebes“, meint er. Ganz einverstanden! Nur schade, daß die Kollegen des Verfassers in ihrer Mehrheit viel zu künstlich beschränkt denken, viel zu „patriarchalisch“ regieren und viel zu viel Angst haben vor einer selbständigen, aufrechten Arbeiterschaft.

Es erkrankten in Prozenten in der

	männlich		weiblich	
	1909	1910	1909	1910
Zelluloseabteilung	4,1	4,6	3,4	5,4
Kammabteilung	3,6	3,5	4,1	3
Pappenabteilung	3,4	2,4	2,8	3,5
Weichgummiabteilung	3,2	3	3,5	6
Handwerkerabteilung	3,1	3,2	1	0,8
Chem. Fabrik Rheinau	5,4	3,4	—	—
Beamte und Meister	2,1	1,8	2,1	1,3

Die Zelluloseabteilung weist in beiden Jahren bei allen Beschäftigten die höchsten Riffern auf. Unter den Durchschnittsziffern bleibt die Beamtenabteilung. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Erstens können sie sich besser ernähren, weil ihr Einkommen höher ist, zweitens sind sie nicht in dem Maße oder überhaupt nicht dem schädlichen Einfluß der Produktion ausgesetzt.

Jedenfalls sind alle diese Zahlen ein Menetekel für die Arbeiterschaft, durch eine gute Organisation dahin zu wirken, daß die Gesundheits- und Wohnverhältnisse eine Besserung erfahren. Bei 25 Prozent Dividende kann in dieser Beziehung etwas mehr als bisher geschehen.

* Die Einoleumfabrikanten für den Organisationszwang.

Die Einoleumfabrikanten, die die Organisationen der Arbeiter zum Teil nur widerwillig dulden, zum Teil erbittert bekämpfen, können auch Freunde der Organisation sein. So hat die Fabrikantenvereinigung kürzlich beschlossen, daß in jedem Ort, in dem die Organisation der Arbeiter nicht geschlossen ist, die Fabrikanten den Versuch machen wollen, die Arbeiter zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Gelingt ihnen das durch gütliche Burebe nicht, wollen sie stärkere Maßnahmen — Aussperrung — ergreifen.

Unser Kollegen werden über diesen Beschluß wahrscheinlich verwundert die Hände über den Kopf zusammenschlagen oder ungläubig mit dem Kopfe schütteln. Und doch ist der Beschluß tatsächlich gefaßt. Nur ein einziges Wort in unserer obigen Wiebergabe ist falsch. Statt „Arbeiter“ muß es heißen „Papetenhändler“. Sobald diese keine Korrektur vorgenommen wird, ist der Beschluß allerdings nicht mehr ein Beweis von der Einsicht der Unternehmer, sondern nur ein Zeugnis dafür, wie rücksichtslos sie ihrem Profit nachgehen und wie kalt sie den theoretisch so oft verbannten Terror in der Praxis handhaben. Die Organisationen der Händler erstreben nämlich eine Erhöhung der Verkaufspreise; die Arbeiter aber verhindern oder erschweren das. Die Fabrikanten sind nun der Meinung, daß die Erhöhung der Verkaufspreise auch in ihrem Interesse liege, weil sie einer kommenden Erhöhung der Einkaufspreise die Wege ebnet. Deshalb wollen sie, zuerst durch gütliche Burebe, und wenn das nicht hilft, durch Entziehung der Waren die widerpenstigen Händler zum Anschluß an die Organisation zwingen. Da die Zahl der Einoleumfabriken nur gering ist, die obendrein sämtlich der Fabrikantenvereinigung angehören, wird der Plan gelingen. Der Preis soll dann von allen Fabriken und für alle Fabrikate gemeinsam und einheitlich festgesetzt werden, so daß der Händler eigentlich nur noch Kommiss der Fabriken ist. Und das heißt über Terror und Organisationszwang! —

* Was im Papetenhandel verdient wird.

Die preissteigende Wirkung des Zwischenhandels ist allgemein bekannt. Je länger der Weg vom Produzenten zum Konsumenten ist, je mehr Zwischenglieder sich da einschleichen, um so größer wird das Mißverhältnis zwischen dem Preis, den der Erzeuger der Ware erhält und dem, den der Verbraucher zahlt. Aber selbst da, wo der Weg kurz, die Zahl der Zwischenhändler gering ist, kann die Verteuerung geradezu wunderliche Formen annehmen. Das ist zum Beispiel der Fall in der Papetenindustrie, in der die Fabrikanten den sogenannten „Händlerzuschuß“ eingeführt haben; ein System, das sowohl die Konkurrenz der Händler untereinander als auch die Konkurrenz der Fabrikanten regeln soll. Welch enorme Ausschläge in dieser Industrie im Zwischenhandel genommen werden, ist aus einer Preisstatistik der jüdischen Papetenhändler ersichtlich, aus der wir einige Zahlen hierherheben. Die Preise verstehen sich pro Blatt (Molle); die Verkaufspreise sind die Mindestpreise, zu denen ausgezeichnet wird.

Einkauf	9 3/4	13 3/4	30 3/4	100 3/4	200 3/4
Verkauf	18 3/4	30 3/4	80 3/4	250 3/4	450 3/4
Ausschlag	100 %	130 %	166 %	150 %	125 %

Ausschläge um weniger als 100 Prozent kommen in der Kalkulation so gut wie gar nicht vor. Die Papetenhändler können sich demnach „rühmen“, daß sie den Apothekern, die man oft als die „Gundertprozentigen“ bezeichnet, in der Preissteigerung erfolgreich nachkommen. Wenn aber die Arbeiter der Papetenindustrie eine im Endpreis des Fabrikats laun merkbare Lohnerhöhung fordern, dann trägt es die Industrie nicht.

* Wozu ein Opernglas nützlich ist.

Die bei der Firma Kölnische Gummifädenfabrik vormalig Ferdinand Köhlstadt u. Ko. in Deutz bestehenden Mißstände wurden des öfteren in der „Rheinischen Zeitung“ der Öffentlichkeit unterbreitet und dadurch auch teilweise beseitigt. Der Erfolg dieser Kritik war, daß die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Weg zur Organisation fanden. Das war den Fabrikanten natürlich nicht recht. Durch Maßregelungen glaubte man am schnellsten mit ihr fertig zu werden. Der Vertrauensmann der Präservativ-Abteilung wurde aus dem Straßensplaster gestrichelt; der Hydra ist das Haupt abgeschlagen, nun werden wir wohl Ruhe haben, so dachte die Fabrikleitung; aber es kam anders. Einmütig stellten sich die Arbeiter auf die Seite ihres gemäßigten Kollegen, und sie waren bereit, mit allen Mitteln seine Wiederherstellung zu erlangen. Bei den Verhandlungen bestritt zunächst der Betriebsführer Gottschalk, daß eine Maßregelung vorläge, gab es aber später zu. Die Verhandlungen wegen Wiederherstellung des Entlassenen blieben erfolglos, so daß die Arbeiter in einer Betriebsversammlung Stellung nahmen. Um nun den Versammlungsbesuchern den Besuch zu erleiden, wurde eine Vorarbeiterin mit einem Opernglas ausgerüstet und auf hoher Warte aufgestellt, um von dort aus leizuzustellen, wer es wagen würde, die Versammlung zu besuchen. Auch der Lagerist Bönningshaus glaubte sich ein rotes Röschchen dadurch verdienen zu können, daß er einfach den Arbeiterinnen den Besuch der Versammlung verbot. Aber Opernglas und Verbot des Bönningshaus lösten nur Lachsalven aus. Jedenfalls dachten die Arbeiterinnen, der kann uns sonst was, aber nicht den Versammlungsbesuch erleiden. Sie erschienen vollständig, und ein großer Teil trat dem Verband bei. Der gemäßigete Kollege verzichtete auf seine Wiederherstellung, da er der Überzeugung war, daß eine Wiederherstellung doch nicht von gar so langer Dauer sein würde; man würde eben nach Gründen suchen, um ihn wieder loszuwerden. Dadurch nahm die Arbeiterschaft von einem weiteren Vorgehen Abstand.

Was man also durch die Maßnahmen der Fabrikleitung bezwecken wollte, die Vernichtung der Organisation, hat man nicht erreicht, sondern das Gegenteil ist eingetreten; fester denn je steht die Arbeiterschaft geschlossen da und wird nicht eher wieder ruhen, als bis auch in diesen Betrieben anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Der Lagerist Bönningshaus hatte allerdings Ursache, auch aus anderen Gründen die Arbeiterinnen der Organisation fernzuhalten. Bezüglich Behandlung der Arbeiterinnen soll er nicht einwandfrei dastehen. So erzählt man sich von einer Prozeßion nach Revelar, von geheimnisvollen Besuchen der Kriminalpolizei, von verschwiegenen Winkeln im alten Lager und andern Maritäten. Ob Herr Bönningshaus davon auch was erzählen kann, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls haben die Arbeiterinnen keine Ursache, die seitigerer Behandlungsweise des Bönningshaus sich gefallen zu lassen.

Daß aber derartige Zustände noch in diesem Betriebe herrschen konnten, ist die Schuld der Arbeiterschaft selbst. Es befand bis jetzt immer die Auffassung bei ihr, daß sie keine Organisation nötig hätte, sie brauchte nur an das gute Herz des Herrn Direktors Walter zu appellieren, und alle ihre Wünsche wären erfüllt. Nun, die Verhandlung mit Herrn Walter hat gezeigt, daß er einen ebenso harten Stein in der Brust hat wie alle andern Kapitalisten, wenn es sich um das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft handelt. Von ihrer Auffassung dürfte wohl die Arbeiterschaft gründlich gebellt sein. Hier gibt es nur einen Weg, und der ist der Anschluß an eine starke Organisation, den Fabrikarbeiterverband.

* Unfall-Tote.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am 25. September in dem Betriebe der Gummi-Kamm-Kompanie in Limmer. Der an der Maschine beschäftigte Arbeiter Reefe wollte einen Treibriemen auflegen. Dabei wickelte

sich seine Schürze um die Welle. R. wurde herabgerissen, Schlag mit dem Kopf auf die Welle und erlitt einen schweren Schädelbruch. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Dem in der Gummifabrik „Continental“ in Hannover beschäftigten Arbeiter August M. fiel am Dienstag eine schwere Eisenplatte, ein sogenannter Dorn, gegen den Leib. M. erlitt anscheinend innere Verletzungen und wurde mit dem Unfallwagen in das Krankenhaus I gebracht.

Ein Kampf um das Koalitionsrecht.

In Biegenrüd a. d. Saale haben sich Kollegen der dortigen Holzstoff- und Pappenfabrik G. E. Keller dem Verbands angegeschlossen. Ein Arbeiter, der zwischen dem Wein und Wein in der Kellerischen Fabrik keinen Unterschied zu machen versteht, glaubte nun die Sache an die große Glocke bringen zu müssen. Die beiden Bevollmächtigten wurden wegen Arbeitsmangels entlassen. Ein Versuch, die Kündigung wieder rückgängig zu machen, wurde abgewiesen. Die Kollegen hielten trotz der offensichtlichsten Maßregelung ohne Ausnahme zum Verband. Jetzt berückte der Firmeninhaber, die Arbeiter in eine am Orte bestehende Hilfskasse zu bringen. Dieses wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Von einem Angestellten der einen Fabrik wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß dann die Leiter der drei in Biegenrüd befindlichen Betriebe in einem gewissen Total zusammengekommen seien. Man ahnte schon etwas, und siehe, kurz darauf prangte in allen drei Betrieben folgender Anschlag:

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß verschiedene Arbeiter Arbeiterverbänden beigetreten sind. Wir verlangen von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen bis Freitag mittag 12 Uhr die schriftliche blinde Erklärung, ob sie aus diesen Verbänden austreten oder dabei bleiben wollen.

Im letzteren Falle erhalten Arbeiterinnen und die Arbeiter nebst ihren Frauen am ersten Lohnstag die Kündigung.

Biegenrüd, den 18. September 1911.

G. Eduard Keller. Martelj u. Bieglarsky.

Peitersen u. Melchior.

Die im Betriebe organisierten Steinbruder und Lithographen hat man wohlweislich ungehörig gelassen. „Ihr könnt ruhig weiter arbeiten, euch geht dieses nichts an“, so wurde ihnen vom Betriebsleiter erklärt. Wie aber die im Geseleverbund organisierten denken, scheint der Herr Keller noch gar nicht zu wissen.

Aber nicht genug damit, daß man die Organisierten einläßt, nein, man hat auch deren Frauen, sogar Geseleverbände, die zum Teil bei einer der beiden andern Firmen in Arbeit stehen, gefährdet. Mit aller Gewalt will man die Organisationen dort fernhalten. Löhne von 15 bis 26 Pf. pro Stunde, Ausnutzung der Arbeitskraft bis aufs höchste und dergleichen mehr passen ja auch ausgezeichnet für die Biegenrüder Unternehmer. Die Sorge um den Profit ist die einzige Triebfeder ihres schändlichen Beginns. Da versucht man nun, die Arbeiterschaft mit allen Mitteln doch noch zu überreden. Man verspricht „Arbeit auf Lebenszeit“ und alles Mögliche. Da aber auch dieses nicht zueigen will, verfolgt Herr Keller als starrer Patriot die Arbeiter, wo er nur kann. Welchen näseln Gedanken er hat, zeigt folgender Brief:

Biegenrüd, den 22. September 1911.

An den Turnverein in Liebenburg.

(vier Kollegen)

haben heute erklärt, bei dem Verbands deutscher Fabrikarbeiter bleiben zu wollen. Dieser Verband ist ein rein sozialdemokratischer, wie Sie sich aus Flugschriften, die in meinem Kontor Ihnen gern zur Einsicht vorgelegt werden, überzeugen können.

Sozial mit bekannt, gehören auch Sie der nationalen deutschen Turnerschaft an, weshalb ein weiteres Verbleiben Abgenannter in Ihrem Verein wohl unmöglich ist.

Hochachtungsvoll

Biegenrüder Holzstoff- u. Pappenfabrik

G. Eduard Keller.

An den Militärverein soll ein Brief ähnlichen Inhalts von diesem Herrn Keller gelangt sein. Will man unsern Kollegen dadurch etwa Schaden zufügen? Diese sind herzlich froh, wenn sie auf solche Weise aufgeklärt werden, wo Arbeiter hingehören. Wir möchten Herrn Keller empfehlen, im dortigen Kreise nur weiter so zu wirken; einige Militärvereine inklusive Vorstandsmitglieder verschwinden dann ganz von der Bildfläche.

Der Kampf, den Herr Keller heraufbeschworen, er wird geführt werden. Die Arbeiter wissen es und vergessen es auch nicht, daß sich vorher niemand um sie gekümmert hat. Jetzt, wo sie den Weg zur Organisation beschritten haben, glauben jene Herren den Arbeitern Ratlosigkeit, Vorwürfe über ihr Verhalten erziehen zu können. Das alte System der geradezu beschämenden Bezahlung möchten diese Herren auf ewige Zeit erhalten sehen. Aber der Geist der gesamten Arbeiterschaft von Biegenrüd ist heute schon ein anderer als im Frühjahr. Die dortigen Unternehmer mit Herrn Keller an der Spitze werden schon noch das Ausloße ihres Beginns einsehen. Die Organisationen will man aus den Betrieben fernhalten; jetzt steht aber heute schon, daß in allen drei Betrieben die Wurzeln der Organisationen nicht mehr ausrotten sind. Und nicht zuletzt hat Herr Keller dazu mit beigetragen. Nur so weiter für — uns. Wir sind zufrieden!

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Frankenthal-Grünstadt (Tonwerk), Gannau i. Schl., Sauf a. W. (Speditionsfabrik), Regensburg (Zarwerk), Rendsburg (Karlshütte), Magdeburg (Chemische Fabrik), Markgrafstädt, Nürnberg, Ludwigshafen a. Rh., Offenbach.

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Barmen.** In Nr. 33 des „Proletariats“ ersuchten wir um Fernhaltung von Zugung nach Barmen, weil in der Papierfabrik Weisenstein Differenzen mit der Arbeiterschaft eingetreten waren. Die Arbeiter hatten an die Betriebsleitung eine Eingabe gerichtet, in welcher eine Verfürung der Arbeitszeit, welche bisher 61 Stunden betragen hat, verlangt wurde. Die Arbeiter hatten diese Eingabe gemacht, ohne vorher der Organisationsleitung Mitteilung davon zu machen. Erst nachdem die Firma die Wünsche der Arbeiter unbedachtigt ließ resp. nur ganz kleine Zugeständnisse gemacht hatte, wandten sich die Arbeiter an die Organisation. In einer darauffolgenden Betriebsversammlung wurde dann beschlossen, bei der Firma vorstellig zu werden. Am 19. August trugen die Kollegen Hilppmann-Effen und Becker-Barmen die Wünsche der Arbeiter persönlich bei der Betriebsleitung vor. Hierdurch wurde erreicht, daß die Arbeitszeit um 2 1/2 Stunden verfürt wurde; dieselbe beträgt jetzt 58 1/2 Stunden. Sonnabends ist um 1 Uhr mittags Schluss. Weiter wurde erreicht, daß die Arbeiterinnen die Fußhände jetzt mit 30 statt bisher mit 20 Pf. bezahlt erhalten. Die obigen Verbesserungen sind laut Anschlag am 26. August in Kraft getreten. Es liegt nun an den dortigen Kollegen, das Erreungene zu halten, indem sie der Organisation treu bleiben. Aber auch für die Arbeiter in den andern hiesigen Papierfabriken sollte dies Beispiel endlich eine Lehre sein und ihnen bewiesen, daß sie durch ihr Fernbleiben von der Organisation nur sich selber schaden.

— **Einbed.** Die Arbeiter der Firma Jordan hatten kürzlich eine Lohnforderung gestellt. Es wurde ein Stundenlohn von 30 Pf. gefordert (bisher 27 1/2 Pf.) sowie für Überstunden 5 Pf. mehr. Kurz vor Ablauf des festgesetzten Termins erklärte der Unternehmer sich bereit, den geforderten Lohn zu bezahlen, lehnte jedoch den Zuschlag für Überstunden ab. Die Arbeiter erklärten sich damit einverstanden. Wenn man berücksichtigt, daß der Lohn in diesem Betriebe im Frühjahr 2,50 Mk. betrug bei 11hündiger Arbeitszeit und jetzt 3.— Mk. beträgt bei 10hündiger Arbeitszeit, so ist das ein erfreulicher Erfolg. Es wird hohe Zeit, daß sich die Kollegen der andern Betriebe befinden und allenthalben für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. Das ist hier in Einbed noch sehr nötig.

— **Hinterwalde.** Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma G. Wieland u. Co., G. m. b. H., Gummimarenfabrik „Merkur“, ist es gelungen, auf friedlichem Wege die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden zu verfürgen. Ein entsprechender Lohnzuschlag soll gewährt werden. Gleichzeitg wurde ein Anfangsminimallohn von 30 Pf. für Arbeiter und 14 Pf. für Arbeiterinnen festgelegt. In den einzelnen Affordpositionen wurde ein höherer Zuschlag erzielt. Obige Abmachungen treten mit dem 1. Oktober in Kraft. Ist es den Kollegen auch nicht gelungen, alles, was sie wünschten, zu erzielen, so ist es doch ein erfreulicher Erfolg, der sie veranlassen muß, nun dafür zu sorgen, daß der letzte Mann im Betriebe organisiert wird.

Berschiedene Industrien

* Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik in Medarau.

Der Krankheitsbericht der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik in Mannheim-Medarau vom Jahre 1910 zeigt an dem Gummi- und Zellulosefabrik gegenüber ein ungünstiges Bild. Bei den männlichen Personen ist zwar ein steter Rückgang der Krankheitsziffern zu konstatieren, dagegen bewegen sich die Zahlen für die Arbeiterinnen in aufsteigender Richtung. Es entfielen auf 100 Mitglieder

Jahr	männliche:		weibliche:	
	Krankheitsfälle	Tage	Krankheitsfälle	Tage
1908	86	1610	55	1170
1909	65	1120	52	890
1910	63	1020	61	1060

Die Ziffern gehen ganz erheblich über die der Gummifabrik Continental in Hannover hinaus. Wir stellen zum Beweis die Ergebnisse beider Fabriken unter Zusammenfassung der männlichen und weiblichen Mitglieder gegenüber. Es entfielen auf 100 Mitglieder:

Jahr	der Rhein. Gummi- und Zellulosefabrik:		Continental	
	Krankheitsfälle	Tage	Krankheitsfälle	Tage
1909	61	1059	56	970
1910	62	1037	55	901

Der Durchschnitt für alle Betriebskrankenkassen Deutschlands ist 46 Krankheitsfälle und 885 Krankheitstage für 100 Mitglieder. Die Zahlen der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik gehen durchschnittlich um 11 Prozent über die der Continental und um 34 Prozent bei den Krankheitsfällen und 19 Prozent bei den Krankheitstagen über den Reichsdurchschnitt hinaus.

Weiter wird berichtet, daß die auf dem Lande wohnenden Kassenmitglieder prozentual mehr Krankheitsfälle aufweisen als die am Sitz der Kasse wohnenden, obgleich die Zahl der letzteren absolut um 400 Mitglieder höher ist. Weiter wird für diese Erscheinung keine Erklärung gegeben. Jedenfalls liegt die Ursache zum Teil an den langen, ungeschützten Wegen, die die auf dem Lande wohnenden Arbeiter zurücklegen haben. Im allgemeinen gehen wir aber nicht fehl, wenn wir die höheren Krankheitsziffern der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik gegenüber der Continental auf das Konto der langen Arbeitszeit der ersteren setzen, die wöchentlich um neun Stunden länger ist.

Einen Überblick über die Verteilung der Krankheitsfälle auf die einzelnen Abteilungen gibt nachfolgende Aufstellung:

Erlebte Lohnbewegungen im Monat August. (Gau 14, Sig Hamburg.)

Ernförde. Die in den Holzlagereien und Fischfabriken beschäftigten Arbeiter unterbreiteten den Betriebsinhabern Vorschläge auf Erhöhung der Stundenlöhne, und zwar für jugendliche Arbeiter von 20 auf 30 Pf. und für die großjährigen Arbeiter von 35 auf 40 Pf. In einer Zusammenkunft der Unternehmer und einer Kommission der Arbeiter kam es zu keiner Einigung. Die Unternehmer lehnten nämlich die seitens der Arbeiter in Vorschlag gebrachten Lohnsätze ab und erklärten sich im Höchstfalle bereit, einen einseitigen Lohnsatz für sämtliche Betriebe einzuführen, d. h. den Lohn für die jugendlichen Arbeiter auf 20 Pf. und für alle übrigen Arbeiter auf 35 Pf. pro Stunde zu bemessen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß obiger Lohnsatz bereits zum Teil bei der Firma Linau bezahlt wurde und andre Firmen, darunter die Firma Lorenzen, bis dato schon Wochenlöhne von 12 bis 20 Mk. ohne jeglichen Abzug bezahlten, lehnte die Kommission der Arbeiter das Angebot der Unternehmer ab. Ohne jede weitere Verhandlung aber gelangte die bewilligte „Zulage“ bei der nächsten Lohnzahlung zur Auszahlung. Eine nicht geringe Anzahl Arbeiter, besonders die nichtorganisierten, ließ sich durch den Erick der Unternehmer verleiten und anerkannte stillschweigend die „Lohnzulage“. Dadurch war das Schicksal der Bewegung besiegelt. Die „Lohnzulage“, die für die großjährigen Arbeiter kaum einen Pfennig pro Stunde ausmacht, konnten nunmehr die Unternehmer als Vorwand benutzen, um den Preis für ihre Produkte um nicht weniger als 15 Prozent zu steigern. Aus dieser Lohnbewegung werden hoffentlich die indifferenten Arbeiter, insbesondere die wankelmütigen Elemente, die Lehre ziehen, daß sie, wenn sie zukünftig mitten in der Bewegung stehen, ihre um eine bessere Ergänzung ringenden Arbeitsbrüder nicht schmählich im Stich lassen.

Hamburg. Mit der Firma Franz Frische u. Co., chemische Fabrik in Billwärder, wurde ein Tarifvertrag auf zwei Jahre vereinbart. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. In den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten ruht die Arbeit; eine Lohnfortzahlung findet nicht statt. Der Einstellungslohn für Arbeiter von 18 bis 20 Jahren beträgt 39 Pf. (bisher 37 1/2 Pf.) pro Stunde. Arbeiter über 20 Jahre erhalten einen Einstellungslohn von 42 1/2 Pf., steigend halbjährlich um 1 1/2 Pf. bis zum Höchstlohn von 50 Pf. Ueberstunden werden mit 25 Prozent vergütet. — Mit der Firma H. Schind u. Co., Pflanzenbutterfabrik in Wilhelmshagen, wurde ebenfalls ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Danach beträgt die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden, für die Pressenarbeiter in der Fabrik 8 Stunden. In den Sonntagen vor den gesetzlichen Feiertagen ist um 2 Uhr Arbeitslohn ohne Kürzung des Lohnes. Die Einstellungslöhne für die Betriebsarbeiter betragen für Gruppe A 45 Pf., für Gruppe B 46 Pf. und für Gruppe C 46 1/2 Pf., steigend halbjährlich um 1 Pf. bis zu 47 1/2, 48 1/2, und 49 Pf. Die Löhne werden am 1. Januar 1912 um einen halben Pfennig und am 1. Juli 1912 um einen Pfennig erhöht. Ueberstunden erhalten einen Einstellungslohn von 24 1/2 Pf., steigend nach 26 Wochen auf 25 1/2 Pf. und nach 52 Wochen auf 26 1/2 Pf., vom 1. Juli 1912 an 25, 26 und 27 Pf. Die Pressenarbeiter in der Fabrik erhalten einen Schichtlohn von 4 7/8 Mk., nach 26 Wochen 4,85 Mk. Die Walzenführer erhalten einen Stundenlohn von 48 Pf., nach 26 Wochen 49 Pf., nach 52 Wochen 50 Pf., vom 1. Juli 1912 an 49 1/2, 50 1/2, und 51 1/2 Pf. Ueberstunden werden mit 25 und 50 Prozent Aufschlag vergütet. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Juli 1913.

Pinneberg. Die Arbeiter der Lederleimfabrik von Duner reichten eine Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit, Erhöhung der Stundenlöhne und Bezahlung der Ueberstunden mit einem entsprechenden Aufschlag ein. In einer Verhandlung erklärte die Firma bereit, die Akkordarbeit abzuschaffen, wogegen sie den Aufschlag für Ueberstunden ablehnte. Der Stundenlohn, der sonst im Sommerhalbjahr 38 Pf. und im Winter 35 Pf. betrug, wurde auf 40 Pf. erhöht. Vom 1. Januar 1912 an wird außerdem eine weitere Zulage von 2 Pf. pro Stunde gewährt. Lüthten. In dem Halbes „Festtag“ reichten die Förderleute im April d. J. eine Forderung auf Erhöhung der Gehaltslöhne ein. Der Direktor hatte eine Regelung der Löhne zu, dieselbe fiel aber zum Gunsten der Förderleute aus; statt Erhöhung der Löhne hatte nämlich die Direktion eine Reduktion der Löhne durchgeführt. Eine am 30. April tagende Versammlung sowohl der Berg- als auch der Fabrikarbeiter beschloß, aus dem Grunde sofort die Kündigung einzureichen. Verhandlungen, die seitens einer Kommission und der Gewerkschaft beider Verbände angeknüpft wurden, blieben ohne Erfolg. In Anbetracht des Umstandes, daß eine nicht geringe Anzahl Arbeiter nach Ablauf der Kündigungsfrist im Betriebe festgehalten wurde und außerdem das Werk seine Leistungsfähigkeit verlor, mußte der Kampf nach zehnmonatiger Dauer erfolglos abgebrochen werden.

Wedel. Am 9. April d. J. nahmen die Arbeiter der Deutschen Vacuum Oil Company in einer Betriebsversammlung Stellung zu ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen und beschloßen, den alten Tarif zu kündigen und neue Vorschläge zu einem Tarifvertrag einzubringen. Gegebenen wurden die neuzeitliche Arbeitszeit, entsprechende Lohnsteigerung und Pension. Die Direktion lehnte es zunächst ab, überhaupt mit den Organisationsvertretern einen neuen Tarif wieder abzuschließen. Erst nachdem die Arbeiter in mehreren Versammlungen zu dem eigentlichen Verhalten des Direktoriums Stellung genommen und ihren hohen Willen in Form einer Resolution, die der Direktion unterbreitet wurde, bekundet hatte, erst da erklärte sich die Firma bereit, mit den Betriebsvertretern einen neuen Tarif abzuschließen. Nach dem neuen Tarif wurde für unsere Kollegen eine Lohnsteigerung von 2 bis 5 Pf. pro Stunde erzielt. Ferner die Abschaffung des achtstündigen Schicht für die Heizer und Anerkennung des Arbeiterausschusses.

Korrespondenzen.

Holzminden. Die Zustände in der letzten Holzfabrik C. Braunsdorf wurden von Tag zu Tag unangenehmer. Der Inhaber der Firma geht des Vermögens durch den Betrieb, ohne seine Arbeiter zu grüßen. Dann läßt er einen weiteren Schritt über die Arbeiter setzen. Das er einen erwünscht, der den „Arbeitslohn“ aufhebt für den letzten am Vorklage die Entlassungsbescheid. In der letzten Zeit ist es häufig vorgekommen, daß gerade die tüchtigsten Leute, weil sie organisiert waren, auf die Straße gesetzt wurden. Am letzten Vorklage wurde sogar ein Arbeiter entlassen, der seit drei Jahren bei der Fabrik den beständigsten und sich immer treuesten gehalten hat. Diese Entlassung hat unter den Arbeitern eine große Empörung hervorgerufen, da sie einen Mann, der den Inhaber über das neue Tarifverhältnis durchsetzte. Der tüchtigste langjährige Betriebsmeister verlor es, mit dem Inhaber umzugehen und brachte ihnen auch die notwendige Lösung entgegen. Da er gegen die Arbeiter nicht so vorgeht, wie er sollte, hat er es vorgezogen, seine Stellung in einem derartigen Betriebe aufzugeben. Der Inhaber wird auch dem neuen Tarif vor der Hand als gebührend, Arbeit nach im Wege, welches er empfindet werden muß. Der Vertrag ist in Punkte auch eine neue Arbeitsbedingung vorgekommen werden, wodurch der Gehalt der Arbeiter beständig sinken würde. Nach diesem Arbeit wird im Jahre angesetzt. Die Arbeiter werden den Arbeitern einig diktieren. Der Betriebslohn beträgt 27 Pf. Die Holzfabrik Arbeiter haben von Holzfabrik mit dem Inhaber zu tun und zu unangenehm ist, daß ein Arbeiter aus einem Nachbarn wurde der Arbeit wurde, von dem einige Arbeiter unangenehm. Dies alles hat die Arbeiter des Betriebes in große Unruhe versetzt. Damit ist aber nicht genug. Wenn die Arbeiter nicht etwas erreichen, wollen sie die abschließende Sache verlassen und eine organisierte Forderung entgegen. Dann wollen sie die Organisation verlassen. Für eine geordnete Sache und jede Forderung kann erfolgreich gegen das Kapital kämpfen.

Rundschau.

Die deutsche Reichsregierung für kurze Arbeitszeit. Es ist eine unangenehme, aber es ist doch so. Die deutsche Reichsregierung hat den von uns wiederholt schon und öffentlich durch den „Arbeiter“ im Ausland, dass man sich eines jenseitigen Einflusses über eine Zeit mit der Forderungsbewegung in Kontakt zu bringen. Zunächst ist es notwendig, dass man in einem Weltverband, und in diesem Sinne, eine Forderung stellen, die sich die oben erwähnte Forderung immer wiederholen. Diese wird notwendig, wo überall der Arbeiter (Gewerkschaft) hat, die in einem anderen Lande (Arbeit) man hat, die Arbeiterorganisationen als Schulen der Arbeiter handeln werden, und schließlich, daß auch der jenseitige Deutschlands Arbeiter (Gewerkschaft) werden, die in der Forderungsbewegung (Arbeitszeit) der Welt gebildet. Dezember und monatlicher Fragen jede die Forderung...

aus dieser Art Volkshilfe und auch aus dem, was Staat und Gesellschaft für Volkshilfe, Vorschläge, Volkshilfskulturen u. a. m. tun. Und nach dieser zutreffenden Feststellung kommt der amtliche Verleger des Vorwortes zu folgenden interessanten Schlussfolgerungen: Alle diese Einrichtungen... ermöglichen, daß insbesondere dort, wo es sich um Maschinenarbeit handelt, mit größter Intensität produziert werden kann, wie man denn die Erfahrung gemacht hat, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit zum mindesten für qualifizierte Arbeiter nicht etwa einen Rückgang der Produktion, sondern im Gegenteil eine Zunahme derselben im Gefolge hat!

Abgesehen von der sachlich ganz unberechtigten Beschränkung auf die „qualifizierten“ Arbeiter ist der Satz durchaus richtig. Er berührt allerdings nur eine Seite der Sache: Die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Produktion und damit auf den Profit der Unternehmer. Die ungenügend segensreichen gesundheitlichen, sittlichen und allgemein kulturellen Folgen werden ganz unberücksichtigt gelassen. Aber wir sind ja so bescheiden und freuen uns schon über diesen Keim sozialpolitischer Einflüsse. Die Arbeiter werden sich dieses offene Geständnis gut merken müssen. Sie dürfen verlangen, daß die Regierung das, was sie den Besuchern der Weltausstellung im fremden Lande als Produkt ihrer Erfahrung ausgiebt, auch den eigenen Arbeitern im eigenen Lande gegenüber als berechtigt anerkennt. Die deutschen Schmarotzer aber sollten aus dieser amtlichen Auslassung erkennen, daß sie kein Recht haben, nach Ausnahmegesetzen gegen organisierte Arbeiter zu schreiben, nachdem die Regierung all den Millionen, die die Weltausstellung besuchten, vordemonstriert, wie berechtigt eine der Hauptforderungen der Arbeiter, die auf Verkürzung der Arbeitszeit, ist und wie sehr nicht nur die Arbeiter, sondern die gesamte Industrie und die ganze Nation davon einen Vorteil haben. Und der Regierung wird man immer und immer wieder sagen müssen, daß sie sich ja selbst ohnefähr, wenn sie die Verkürzung der Arbeitszeit für wertvoll hält und trotzdem die organisierten Arbeiter mit dem Polizeihäufel niederhalten will.

Die Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter werden ihre Kurse für das Winterhalbjahr 1911/12 Ende Oktober eröffnen. Die Kurse, die in ca. 30 deutschen Universitätsstädten bestehen, werden von Studenten und Studentinnen in streng neutralem Sinne geleitet. Sie bezwecken, Arbeitern und Arbeiterinnen die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, durch Unterricht in Deutsch, Schreiben, Rechnen usw. eine Ergänzung des Volkshilfsunterrichtes zu geben. Der Unterricht ist unentgeltlich, abgesehen von einer Gebühr von 50 Pf. zur Deckung der Unkosten. Näheres über Programme, Anmeldungen usw. in den Tageszeitungen und Flugblättern.

Troß Abides u. Co. Obwohl der deutsche Städtetag nach einem stockreaktionären Referat des freijährigen Renommierpolitikers Abides sich gegen die kommunale Arbeitslosenversicherung ansprach, hat das Stadtratkollegium in Kaiserlautern die Einführung einer Arbeitslosenversicherung mit 16 gegen 8 Stimmen beschlossen. Für den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag stimmten 13 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und ein Zentrumsmann, dagegen 6 Nationalliberale und 2 Zentrumskräfte. Die Versicherung wird auf dem gemischten Genossenschaftsweg aufgebaut werden: Unterstützung der Arbeiterorganisationen mit Arbeitslosenversicherung und Errichtung einer Versicherungskasse für nichtorganisierte und solche Organisierte, deren Organisationen eine Arbeitslosenversicherung nicht eingeführt haben. Das außerdem im Mutterland der bayerischen Regierung vorgelegene System der Einzelversicherer ist vorab nicht beantragt, um die Verwaltungstechnische Ausführung nicht zu sehr zu komplizieren und die Leistungsfähigkeit der Versicherungskasse nicht zu schwächen.

Die Werkmänner als Wurzel der Unzufriedenheit. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Lothringen, der sich jetzt noch nie durch ein Uebermaß sozialer Einsicht ausgezeichnet hat, schreibt in seinem Bericht für das Jahr 1910 über das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern: „Aus vielfach vorgebrachten Klagen der Arbeiter geht hervor, daß den Werkmännern immer noch viel zu viel Einfluß zugestanden wird. Anstellung und Entlassung, Bestrafung, Festsetzung der Löhne usw. hängt sehr häufig von ihnen ab. Dabei sind sie oft parteilich und hart und können durch ihre Ungelehrlichkeit und Ungerechtigkeit oft die besten und freundlichsten Absichten des Unternehmers zunichte machen. Dadurch schaden sie sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmern, da gute Beziehungen zwischen den beiden Parteien zum Gedeihen der Industrie wesentlich beitragen.“

Das ist ein recht oberflächliches Urteil. Gewiß ist es richtig, daß die Schlägen der Werkmänner und der anderen „Vorgesetzten“ den Arbeitern sehr viel Anlaß zu Klagen geben, aber es ist nicht oder doch nur in ganz seltenen Ausnahmefällen richtig, daß sie damit „die besten und freundlichsten Absichten des Unternehmers zunichte machen“. In der Regel ist der Werkmann beim Unternehmer am besten angefaßten, der durch Lohnrückgaben das Lohnkonto herabsetzt und durch Schlägen aller Art die Arbeitsleistung zu steigern sucht. Schon bei der Auswahl der Werkmänner haben die meisten Unternehmer streng darauf, daß sie nicht etwa einen Menschenfreund mit diesem Posten betrauen. Selbst wird, namentlich als Vorbedingung für die Anstellung gefordert. Und durch Ermahnungen, Prämien usw. wird nach der Anstellung ein übriges getan. Wir haben hier wohlwollende Begegnung gewiß nichts übrig, aber es ist eine Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn man diesen wirtschaftlichen Mitarbeiter die Verantwortung für Dinge aufbürdet, die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründet sind.

Eingegangene Schriften.

Gehört du zu uns? Eine Anrede an einen jungen Arbeiter. Von Heinrich Schulz. Vorausgeschoben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Paul Singer, G. m. b. H. (Hans Weber, Berlin). 20 Pf.

Die Perle des Meeres von Albert Südekum. Berlin 1911, Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 1 Mk. Vereinskassensatz 40 Pf.

In freien Stunden. Eine Wochenzeitschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Probehefte kostenlos durch alle Parteibuchhandlungen und Expeditionen.

Geschichte der Revolver-oren. Vom niederländischen Aufstand bis zum Sturz der französischen Revolution. Von Dr. A. Conzab. Reichsminister für Bildung und Kultur, Berlin SW 68. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. Die Bände 44 und 45 sind erschienen. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pf. Mit dem Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage entgegen.

Im Verlage von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist stehen erschienen. Aus meinem Leben. Von August Bebel. Zweiter Teil. VIII und 420 S. Preis broschiert ord. 2 50 Mk., gebunden 3 Mk.

Der Autor entwirft vor dem Leser die innere Geschichte der Partei während der Jahre 1869 bis 1878, wie sie intimer nicht gedacht werden kann, unterstützt von einer reichlichen Darstellung des Einflusses, die nur dem eigenen sein kann, der nicht nur alles selbst erlebt, sondern in den Ereignissen eine ausschlaggebende Rolle innehat.

Zu gleicher Zeit: Aus meinem Leben. Von August Bebel. Erster Teil. Zweite, durchgesehene Auflage. VIII und 236 S. Preis broschiert ord. 1 50 Mk., gebunden 2,- Mk.

Zur Abwehr von Forderungen, als könnte durch die zweite Auflage die erste erweitert werden, möchten wir hier ausdrücklich feststellen, daß dies nicht der Fall ist. Änderungen wesentlicher Natur sind nicht vorgenommen worden.

Verbandsnachrichten.

Es ist wieder die Zeit, in welcher Kollegen ihrer Entbindungspflicht genügen müssen und Solbat werden. Die Zahlstellenleitungen und Funktionäre sollen nicht unterlassen, den einrückenden Kollegen bekannt zu geben, daß während der Dienstreise ihre Mitgliedschaft ruht, daß sie aber nach der Entlassung in ihre Mitgliedschaft wieder eintreten können, wenn sie die dazugehörige Pflicht des Parteimitglieds mitteilen und ihr Recht zur Aufrechterhaltung übergeben.

Die vom Militär Entlassenen sollen ebenfalls daran erinnert werden, daß folgende Bestimmung des Statuts für sie zur Anwendung kommt: Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden, und sich ordnungsmäßig am Wohnort abgemeldet haben, können vierzehn Tage nach ihrer Rückkehr gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuchs dem Verband unentgeltlich wieder beitreten, und ist in diesem Falle das alte Mitgliedsbuch abzunehmen und dem Verbandsvorstand einzuhandeln. Die vor der Militärzeit geleisteten Wochenbeiträge werden nach vollzogener Anmeldung in Anrechnung gebracht.

Vom 26. September an gingen bei der Hauptkassette folgende Beträge ein:

- Hannover 3,-, Eutin 1250, Adnaberg i. Fr. 500,-, Bitterfeld 27,-, Kolbitz 350,-, Potsdam 248,53, Hönningen 21,77, Berlin 2000,-, Landebers a. d. W. 742,82, Bienenrüd 56,14, Eglarup 12,-, Wallstätt 1,58, Waderberg 4,32,44, Plauen 1295,42, Röhren 310,58, Eutin 45,-, Oubera 1,50, Riffa a. d. E. 1,50, Ebing 1253,45, Waltersbäumen 800,-, Eglarup 448,60, Burg b. W. 404,77, Glanau 205,21, Nürnberg 80,50, Puppen 14,70, Harburg 37,50, Braunschweig 10,-, Dresden 10,-, Maier 6,-, L. 1,2, Kolbera 500,-, Bria 100,-, Dommitzsch 380,13, Torgau 328,58, Altwasser 300,-, Sonberburg 47,05, Farnliab 7,50, Minden i. Westf. 91,12, Kolbermoor 1210,36, Wolmirstedt 425,05, Freivalbau (B.), L. 364,98, Strehla a. d. E. 285,98, Kalbe a. d. S. 248,21, Habeburg 175,93, Waldheim 181,47, Deßau 109,50, Neu-Brandenburg 33,30.

Schluss: Montag, 2. Oktober, mittags 12 Uhr.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1911 haben eingekandt: Gyn, Puppen, Wallstätt, Ebing, Potsdam, Bienenrüd, Hönningen, Landebers a. d. W., Waackelburg, Burg b. W., Eglarup, Eutin, Torgau, Leipzig, Plauen, Ziegenhals, Neu-Brandenburg, Waldheim, Nürnberg a. d. W., Neubrandenburg, Kolbermoor, Kolbermoor, Glanau, Röhren, Kalbe, Freivalbau, Dommitzsch, Deßau b. Kolbermoor, Minden i. Westf.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen erhielten:

- Hochdorf, 5 Pf. pro Mitglied und Woche vom 1. Oktober 1911 an. Seligenstadt, 5 Pf. pro Mitglied und Woche, vom 1. Oktober 1911 an. Al.-Krokenburg, 5 Pf. pro Mitglied und Woche, vom 1. Januar 1912 an.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied der Zahlstelle Solingen, Gustav Kattwinkel, B.-Nr. 173 745.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- B.-Nr. 351 625 für Paul Wittsched, eingetreten am 2. April 1908 in Stralund. B.-Nr. 407 931 für Robert Priebe, eingetreten am 27. August 1905 in Neustettin. B.-Nr. 125 200 für Heinrich Evers, eingetreten am 2. Februar 1906 in Bergedorf. B.-Nr. 432 128 für Albert Scherdmann, eingetreten am 13. Juni 1910 in Hannover. B.-Nr. 157 054 für Robert Jahnke, eingetreten am 1. April 1906 in Berlin. B.-Nr. 417 878 für Emma Jahnke, eingetreten am 1. Oktober 1905 in Berlin. B.-Nr. 322 446 für August Trautner, eingetreten am 14. Juni 1908 in Frankfurt a. M. B.-Nr. 372 135 für Heinrich Weber, eingetreten am 18. Oktober 1909 in Lägerdorf. B.-Nr. 418 199 für Fritz Kollwe, eingetreten am 24. April 1910 in Breslau.

- Karten. Nr. 115 828 für Wilhelm Wäcker, eingetreten am 29. August 1910 in Hamburg. Nr. 116 008 für Heinrich Abelung, eingetreten am 3. Oktober 1910 in Hamburg. Nr. 161 654 für Ida Mann, eingetreten am 26. März 1911 in Dahnau. Nr. 176 339 für Hugo Feddersen, eingetreten am 6. Mai 1911 in Hamburg. Nr. 199 005 für Otto Kress, eingetreten am 7. August 1911 in Hannover. Nr. 153 005 für Friedrich Gedaschke, eingetreten am 4. Februar 1911 in Königsberg.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Badenhausen. William Koblitz, Kagenstein am Harz. Eisenach. Daniel Abe, Katharinenstraße 31, 1. Et. Grünberg in Schl. Adolf Röske, Mühlenweg 46, 2. Et. Giesberg i. Schl. Adolf Bademat, Cunnersdorf im Rheingebiet 205.

Hönningen. Wilhelm Königeter, Provinzialstraße 4. Hochdorf. Joseph Frisch, Hauptstraße 5. Wilhelm Papert, Hauptstraße 56 1/2.

Leipzig i. S. Alfred Schwach, Schulplan, Alte Schule. Eisenburg in Pommern. Walter Benglass, Nachstr. 8. Pasewalk. Hermann Hopp, Kleine Flegelstraße 1. Steinach, Sachf.-Meiningen, Gau 8. Christian Jakob, Stadstraße 52.

Troßberg in Bayern. Stephan Dullinger, Mathias Kettenberger.

Briefkasten.

G. M., Binneberg. Die Frage läßt sich ohne nähere Kenntnis der Umstände nicht beantworten. Bei sehr langer Arbeitszeit wird eine längere, bei kurzer Arbeitszeit eine kurze Pause zweckmäßiger sein. Noch mehr spricht die Entfernung der Arbeitsstätte von der Wohnstätte mit. Können die Arbeiter in der Mittagspause nach Hause gehen, wird ihnen eine längere Pause mehr nutzen, als wenn sie in den dunklen Fabrikräumen verbrachten müssen. Die Ansichten der Ärzte und Hygieniker über diese Frage sind geteilt; die einen befürworten lange Pausen, weil sich der Arbeiter zwischen der Arbeit ausruhen soll, die andere kurze Pausen, also Zusammenrängung der Gesamtarbeitszeit, damit die arbeitslose Ruhezeit möglichst lange dauert. Vielleicht stellen wir demnächst diese Frage einmal zur Diskussion.

Zahlstelle Elbing sucht zum 1. Dezember einen Geschäftsführer.

Bewerber müssen über drei Jahre Mitglied unserer Organisation, befähigt, Vorträge zu halten, und mit allen Arbeiten unserer Organisation vertraut sein. Beizulegen ist eine selbständige schriftliche Arbeit über die Aufgaben eines Geschäftsführers und Schilderung des Lebenslaufes. Bewerbungsschreiben sind bis 1. November zu richten an Max Wollermann, Fromberg, Bolener Platz 2. 5.50. Kf.

Zahlstelle Kassel. Sucht zum 1. Oktober an: Obere Kahlstraße 17, 1. Et., im Hofe „Kleiner Stadtpark“, die Zentralherberge. Schützengasse 33, bei Gastwirt Wittrod. Die auf der Karte befindlichen Kollegen werden ersucht, dies zu beachten.

Zahlstelle Köln und Umgegend sucht zum sofortigen Eintritt einen Mausekasserer.

Bewerber müssen drei Jahre Mitglied unserer Zahlstelle und befähigt sein. Betriebsverhältnisse selbständig abhalten zu können, sowie eine deutsche Handchrift besitzen. Bewerbung sind bis zum 16. Oktober zu richten an Hermann Wirth, Köln-Adelshof, Koberberger Straße 224. 5.50. Kf. Die Anstellungs-Kommission.

Chemische Industrie

Teuerungszulage oder Lohnerhöhung.

Die jetzt herrschenden Teuerungszulagen bedeuten einen krassen Ausblick auf den kommenden Winter. Besonders die schlecht bezahlten ungelerten Arbeiter, darunter auch die in der chemischen Industrie beschäftigten, fühlen die Teuerung sehr hart. Reicht doch der Lohn in guten Jahren kaum hin, die notwendigsten Bedarfsartikel zu schaffen, geschweige bei den herrschenden Teuerungszulagen. Da wird oft Schmalhans Küchenmeister sein. Die Unterernährung macht sich besonders bei Frauen und Kindern breit. Der Vater bekommt den kräftigsten Teil der ärmtlichen Kost, denn er wird vom Kapitalisten tagtäglich zehn, zwölft, ja vierundzwanzig Stunden bei intensiver Arbeit ins Joch gespannt, und wehe ihm, wenn er die verlangte Arbeit nicht verrichten kann — weil er durch Unterernährung nicht genügend Arbeitskraft für den gezahlten Zimmerlohn produzieren kann —, ohne Erbarmen fliegt er auf die Straße. So macht sich diese Teuerung besonders bemerkbar in den großen Industriezentren. Alles wird teurer. Selbst die Nahrung der Allerärmsten, die Kartoffel, wird zur Delikatess.

Die warmen Sommertage bedingen weniger Kleider und Schuhe; der Bedarf an Nahrungsmitteln ist, weil der Körper weniger Wärme an die Atmosphäre abgibt, geringer; die langen und warmen Tage beanspruchen weniger Licht und Brand. Anders der Winter. Feuchte und kalte Tage bedingen mehr Kleider, mehr Schuhe, mehr Nahrung, Licht und Brand. Ernst und sorgenvoll tritt an den Familienvater die Frage heran: Was soll es im Winter werden? Der Rückgang der Kaufkraft des Geldes führt bei gleichbleibendem Einkommen einen Rückgang des Konsums herbei, dieser eine Zunahme von Arbeitslosigkeit, die wiederum eine Steigerung des Elends, der Not nach sich zieht. Seitdem die Gewerkschaften einen Teil der Arbeitslosigkeit in der Statistik erfassen, den Arbeitslosen aus eigenen Mitteln Unterstützungen zukommen lassen, erfährt auch die Öffentlichkeit etwas von dem Elend der industriellen Reservearmee. Sie kann nicht achlos an dem durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen Zustand vorbeigehen, sondern muß sich damit beschäftigen, um so mehr damit beschäftigt, als die Reichstagswahlen vor der Tür sind. Aber die Arbeiterschaft und besonders die der chemischen Industrie kann und darf nicht tatenlos zusehen, wie gerade diese Industrie auf der einen Seite die Arbeiter mit wahren Hungerlöhnen abspießt, während andererseits den Aktionären fette Dividenden winken. Das Jahr 1911, das für die Arbeiter der chemischen Industrie infolge der allgemeinen Teuerung eine indirekte Herabsetzung der Löhne durch Verringerung der Kaufkraft des Geldes bringt, darf schon heute als ein gutes Jahr für die Aktionäre bezeichnet werden. Das Jahr 1910 hatte eine erhebliche Rentabilitätssteigerung gebracht, und wenn die Gewinnergebnisse dieses Jahres von dem Vorsitzenden des Verbandes zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie offiziell bekanntgegeben werden, dann wollen wir unsre Behauptung durch Zahlen erhärten.

Unsre Kollegen im Lande wissen, daß der Fabrikarbeiterverband unermüdet tätig ist, für Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder einzutreten. Sie wissen aber auch, daß sich besonders die chemischen Großbetriebe bis zum äußersten dagegen wehren, die Organisation anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln. Und doch können sie sich dem Einfluß der Arbeiterbewegung nicht entziehen. Seitdem der Verband in den Zentren der chemischen Industrie erfährt ist, haben die großen Werke die Arbeitsbedingungen verbessern müssen. Das wäre nicht der Fall, wenn nicht ein guter Teil der chemischen Arbeiter die Erkenntnis gewonnen hätte, daß sich der Unternehmergeldbeutel nur dann öffnet, wenn er muß.

Gerade die Teuerungszulagen, die trüben Ausblicke auf den kommenden Winter geben uns die Mittel an die Hand, in den Versammlungen den Arbeitern zuzurufen: „Fordert mehr Lohn, damit eure Gesundheit nicht zugrunde geht.“ Und wo die Nahrung bei den Arbeitern Gehr findet, werden die Unternehmer nicht taub bleiben können. Zwei der größten chemischen Werke, Cassella in Fachsenheim und die Farbwerke in Höchst, haben die Berechtigung der Lohnforderung anerkannt. Die Cassella'schen Arbeiter in Fachsenheim beschäftigten sich kürzlich in einer gut besuchten Versammlung mit

dem Thema: „Unternehmergewinn, Arbeitslohn und Lebensmittelteuerung.“ Nachdem die Direktion durch Laukettel Kenntnis von der Tagesordnung erhalten hatte, ließ sie sofort anschlagen, daß alle Arbeiter, die verheiratet sind und bis zu drei Kindern haben, täglich 20 Pf., Arbeiter mit mehr als drei Kindern täglich 25 Pf. Teuerungszulage erhalten sollten. Auch die Direktion der Höchst Farbwerke hat bekanntgegeben, daß sie den verheirateten Arbeitern 30 Mk., den ledigen Arbeitern 15 Mk. Teuerungszulage, zahlbar in zwei Raten, geben will. Mögen doch die Arbeiter bei Cassella, in Höchst und auch anderwärts einmal genau darüber nachdenken, ob nicht die Organisation die Triebkraft aller Lohnaufbesserungen war. Wenn aber die Firmen durch Gewährung einer Teuerungszulage das Recht auf mehr Lohn anerkennen und damit beweisen, daß der von ihnen gezahlte Lohn nicht ausreicht, den notwendigsten Lebensbedarf zu decken, dann haben die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich solche Zulagen als Lohnerhöhungen dauernd zu sichern, denn auch ohne die jetzige Teuerung steigt das Jahreseinkommen der Gifthaltenarbeiter unter dem Existenzminimum. Die badische Regierung hat kürzlich anlässlich eines Naturalisationsgesuchs ein Einkommen von 1600 Mk. als nicht ausreichend bezeichnet. Die chemische Großindustrie ist in der Lage, weit höhere Löhne zahlen zu können, solange sie durchschnittlich auf jede in den Aktiengesellschaften beschäftigte Person jährlich 1330 bis 1350 Mk. Dividende an die Aktionäre verteilen kann.

Freilich wird es den Machthabern dieser Industrie nicht im Traume einfallen, freiwillig erhebliche Zulagen zu machen. Das tun sie nur notgedrungen und nur dann in wirklich nennenswerter Maße, wenn eine geschlossene Organisation der Arbeiter der chemischen Industrie vorhanden sein wird.

Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Köln. Vereinigte Ultramarinfabriken vormals Leberhus und Konforten verteilte 12 (10) Prozent Dividende. Das Aktienkapital soll um 500 000 Mk. auf 6 Millionen Mark erhöht werden. August Wiegand, A.-G. für Aufzählung, erzielte 248 390 Mk. Reingewinn. Sie verteilte 182 000 Mk. als 14 (11) Prozentige Dividende. Das Geschäftsergebnis wird als befriedigend bezeichnet. — **Oberlin.** Die Thüringer Bleiweißfabriken A.-G. haben einen Reingewinn von 60 810 Mk. erzielt. Davon werden 4 Prozent Dividende verteilt. Die Aktiengesellschaft für Lithopnefabrikation hat auch in diesem Jahre mit Unterbilanz gearbeitet. — **Sankt Jürgen.** Der Reingewinn der Pflanzlichen Pulverfabriken liegt von 153 784 Mk. auf 166 420 Mk. Verteilt werden wieder acht Prozent Dividende. — **Hamburg.** Die Gamma, Stearinfabrik, erzielte 210 754 (166 241) Mk. Reingewinn. Auf 2 Millionen Mark Aktienkapital werden 7 Prozent Dividende verteilt. — **Berlin.** Brandenburgische Karbid- und Elektrizitätswerke. Der Reingewinn liegt von 8160 auf 115 164 Mk. Verteilt werden sollen 4 Prozent Dividende. — **Hannover.** Die Bleiweißfabrik vorm. Johann Jäger erzielte 645 356 (556 678) Mk. Reingewinn. Dividende wieder 15 Prozent.

Kiesengewinne und Zimmerlöhne der Farbwerke von Franz Kasquin.

Die Farbwerke Franz Kasquin in Wülheim a. Rh. verteilten in diesem Jahre 13 Prozent (1909 12 Prozent) Dividende. Der Reingewinn erhöhte sich von 240 371 auf 295 035 Mk., also betrug die Lohnerhöhung für die Unternehmer 54 664 Mk. Auf den Kopf jedes Beschäftigten berechnet, ergeben sich ganz erhebliche Profite. Die Firma beschäftigt im Geschäftsjahre 120 Arbeiter und Beamte, so daß sie an jedem Arbeiter 2450 Mark verdient. Im vorigen Jahre waren es „nur“ 2000 Mk. Also wurden pro Beschäftigten 450 Mk. mehr herausgeholt. Die Aktionäre, von denen viele den Betrieb vielleicht nie gesehen haben, erhalten für ihre mühselige Arbeit der Aktienwerbung insgesamt 135 000 Mk. Auf den Kopf der Beschäftigten ergibt sich hier ein Betrag von 1625 Mk., so daß die Differenz von 825 Mk. pro Beschäftigten für Lantien und Gratifikationen und als Vortrag für das nächste Geschäftsjahr aufgeht.

Bei dieser reichen Ausbeute der Beschäftigten sollen nicht unerwähnt bleiben die geradezu jämmerlichen Löhne, die in der Regel 3,50 Mk. betragen. Es ergibt sich daraus ein Jahreseinkommen von 1092 Mk., das nach Abzug der Versicherungsbeiträge auf 1050 Mk. herabsinkt. Man vergleiche mit dem Zimmerlohn den pro Arbeiter erzielten durchschnittlichen Reingewinn, der um 135 Prozent höher als das Nettojahreseinkommen der Beschäftigten ist. Sogar die Aktionäre erhalten Beträge, die das Jahreseinkommen der Arbeiter noch um 55 Prozent übersteigen.

Man sollte meinen, daß bei einer solchen Steigerung des Profits auch die Löhne der Arbeiter eine wesentliche Aufbesserung erfahren hätten. Das aber ist nicht der Fall. Obgleich diese Profitmacher und Dividendenbesitzer wissen, daß die Arbeiter mit den gezahlten Löhnen bei den teuren Lebensmittelpreisen am Hungertode nagen, rührt sich keiner von den christlich-höflichen Zentrumsdirektoren, den Arbeitern einen Ausgleich an Lohn zu geben für die Teuerung, die durch die famosen Finanzreformen des Zentrums dem Volke befehrt und durch die Witterungsverhältnisse des laufenden Jahres verschärft worden sind. Ihr Christentum hört am Geldbeutel auf.

Wenn aber die Arbeiter warten wollen, bis ihnen von oben herab

menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden, dann hat das noch gute Weile. Da müssen sie selbst Hand an Werk legen, sich eine starke Organisation im Betriebe schaffen. Bäten sie schon früher vollständig den Weg zur Organisation gefunden, dann könnte ihnen ein gewisser Anteil an der Ernte nicht mehr vorenthalten werden. Wohl hatte es im vorigen Jahre den Anschein, daß die Arbeiter gewillt seien, ihre Ansprüche geltend zu machen, aber mit der den Unternehmern eigenen Raffinesse haben es die Herren verstanden, die Arbeiter einzuschüchtern. Sie werden es auch in diesem Jahre fertigbringen, wenn sich die Arbeiterschaft nicht endlich aufrafft und energisch gegen diese elende Ausbeutung protestiert. Mögen die aufreizenden Forderungen der Gewinnverteilung auf die Arbeiterschaft dieses Betriebes ausstrahlend wirken. Dann dürften auch die Arbeiter dieser Fabrik einsehen lernen, daß sie Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage nur erringen können, wenn sie sich einer starken, leistungsfähigen Organisation anschließen. Diese ist für die Arbeiter der chemischen Industrie der Fabrikarbeiterverband, und nur wenn die Arbeiter der Firma Kasquin diesem Verband beitreten, dürfte es möglich sein, ihnen endlich einen größeren Anteil am Betriebsgewinn zu verschaffen.

Unfall-Giste.

Am Dienstag, dem 26. September, nachmittags, explodierte in der Anilinfabrik Rummelsburg, Abteilung Sulfo, ein Kessel mit Para-Nitrochlorbenzol und 60 Prozentigem Oxum. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Der Arbeiter, welcher 180 Gentner roog und 8000 Kilogramm Inhalt hatte, stau in der zweiten Etage, durchschlug das Obergeschloß und das Dach und stürzte dann tragend wieder in das Gebäude zurück und durchschlug wiederum die zweite und erste Etage bis zum Erdgeschloß. Fünf Arbeiter kamen hierdurch zu Schaden. Die Verlegungen bestanden in Knochenbrüchen, Verbrennungen und Verbrühungen. Drei Kollegen mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. Die Namen derselben sind: Seidler, Bachmann und Kies. Dem Kollegen Seidler ist der Fuß abgenommen worden.

Ueber die Ursache der Explosion ist unter der Arbeiterschaft die Annahme vorherrschend, daß beim Abkühlen Wasser in den Behälter kam, welcher schon tags zuvor unrichtig war. In dieser Abteilung sind schon wiederholt Unfälle vorgekommen.

Griesheim. Wir haben kürzlich über einige Unfälle berichtet, die sich im Chemikalienwerk Griesheim zugetragen haben, was allerdings nicht den Beifall der Direktion gefunden hat. Unfälle sind ja in dieser Branche an der Tagesordnung; wer aber glaubt, die Direktion wolle sie wegschleudern und die Unfälle zu beschleunigen oder zu verringern, irrt. Viel bequemer und mit keinen Unkosten verbunden ist, wenn man die Quelle ausfindet, aus der solche Berichte über Unfälle in die Öffentlichkeit kommen. Deshalb greift man zur Maßregelung einiger Arbeiter, von denen man annimmt, daß sie der Verbandsleitung Mitteilung von den Unfällen gemacht haben. Jetzt geschossen, Herr Dr. Fiel! Wir werden auch für die Zukunft weiter berichten. Besser wäre es schon, die Direktion würde sich mehr um die Betriebssicherheit kümmern, als die Bestimmung ihrer Arbeiter auszuschnüffeln.

Griesheim, 22. September. Am Freitagabend tagte in Griesheim eine Betriebsversammlung der Fa. Mag. u. Müller, Chemikalienwerk. Die Versammlung war einberufen worden von den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Heizer und Maschinenisten. Schon vor der Eröffnung der Versammlung kam es zu einem Konflikt mit den anwesenden Mitgliedern des Hirsch-Dunderföhen Gewerbevereins. Diese kamen nämlich mit vier Verbandsmitgliedern in die Versammlung. Zwei davon, Fallenberg und Joller, waren aber nicht auf dem Chemikalienwerk beschäftigt. Die Arbeiter verlangten nun, daß diese beiden an der Versammlung nicht teilnehmen sollten, weil schon zwei Vertreter der Hirsch-Dunderföhen anwesend seien. Als die beiden nun aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen, zeigte es sich sofort, daß die Hirsche nur in der Absicht gekommen waren, um die Versammlung zu stören. Der anwesende Herr Ulrich der Hirsch-Dunderföhen benahm sich derartig, daß sämtliche Arbeiter empört waren. Als dann Fallenberg und Joller das Lokal verlassen hatten, nahm Kollege Ulrich das Wort. Er ging zunächst mit den anwesenden beiden Herren Ulrich und Proszowski vom Gewerbeverein hart ins Gericht. Als er den beiden ihre Niederträchtigkeit, wie sie sich den Arbeitern des Chemikalienwerkes gegenüber benehmen, vorhielt, waren es diese beiden Herren, welche durch höhnische Zwischenrufe die Versammlung zu stören suchten. Vergebens wurden die beiden von der Versammlungsleitung aufgefordert, ihr provozierendes Benehmen zu unterlassen, aber die beiden taten dies nicht, sondern speziell Herr Ulrich benahm sich auch weiter in einer Art und Weise, die Empörung bei allen Anwesenden auslöste. Hier muß noch eingeschaltet werden, daß die Hirsch-Dunderföhen seit kurzer Zeit versuchen, im Chemikalienwerk einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben, weil sie an alle herantreten mit dem Entschluß, zu den Hirsch-Dunderföhen überzutreten. Da dies nicht gelingt, versucht man es auf andere Weise, den Arbeitern den Segen des Gewerbevereins vor Augen zu führen. Man machte eine Eingabe an die Direktion und verlangte vom dem Arbeiterausschuß, daß er dieselbe im Auftrag der gesamten Arbeiterschaft vertreten solle. Also ohne mit den Arbeitern selbst darüber gesprochen zu haben und ohne die Verbandsleitungen der in Betracht kommenden Verbände zu benachrichtigen, geht man vor, ganz einseitig, ob die Arbeiter damit einverstanden sind oder nicht, nur um in trüben zu stehen. Auf diese Eingabe ging Kollege Fischer auch in der Versammlung ein, und hier zeigte es sich, daß die Arbeiter von dieser Eingabe überhaupt nichts wissen wollten. Als nun auch Proszowski von den Hirschen Zwischenrufe machte, sah sich Kollege Fischer genötigt, diesem Herrn vorzutreten, daß er sich überhaupt nicht zu brüsten brauche, denn er sei noch vor kurzer Zeit Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes gewesen und habe sich erst vor einigen Wochen als Geschäftsführer in Höchst gemeldet. Als er dann die Stelle nicht bekommen habe, sei er zu den Hirschen übergetreten. Solche Elemente wollen dann die Arbeiter zersplittern, indem sie die freien Verbände herunterreißen. Gerade dieser Proszowski glaubt bei den Hirschen fest im Sattel zu sitzen, weil er, durch Unterstützung des Direktors Ziel vom Chemikalienwerk, einen Vortrag im Freisinnigen Verein hielt, zu einer Zeit, wo er noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. Und er an das Komitee des Kollegen Fischer sich anschließenden Diskussionen beteiligten sich nun auch die beiden Hirsche in ausgiebiger Weise. Aber anstatt auf ihre Eingabe einzugehen, wurden sie persönlich, besonders Herr Ulrich, als dann Kollege Zube beiden antwortete und den Anwesenden einmal das wahre Gesicht der Hirsche zeigte, wurden die Zwischenrufe der beiden immer höhnischer und gemeiner. Vergebens wurden sie wieder aufgefordert, sich anständig zu betragen, aber alles half nichts. Ulrich glaubte wohl, weil er schon in verschiedenen Versammlungen die Arbeiter unter dem Schutze der Versammlungsleitung und der Verbandsvertreter verhöhnt hatte, auch in dieser Versammlung sein Spiel wiederholen zu können. Als dann noch in der Versammlung zur Sprache kam, daß Ulrich vier Arbeiter denunziert und sich ausgedrückt habe, er werde dafür sorgen, daß diese entlassen werden, steigerte sich die Empörung der Arbeiter immer mehr, und einige Arbeiter sprangen nun heraus, um Ulrich hinauszubringen. Hierbei schlug Ulrich um sich. Der Wirt brachte ihn dann, ohne daß ihm etwas geschah, durch die Hintertür auf den Hof. Als man Ulrich schon fort glaubte, kam derselbe plötzlich zurückgesprungen und hieß mit beiden Fäusten auf die Kollegen ein. Die Kollegen gingen nun auch gegen ihn vor, wobei Ulrich einige Puffe abgetriegt hat. Alles dies hat sich Ulrich nur selbst zuzuschreiben, denn selbst in der Hofe ein Gegner in einer Versammlung in derartiger Weise anzutreten, wie es Ulrich in dieser Versammlung tat. Man war ja schon vieles von Ulrich gemöhnt, aber was er sich in dieser Versammlung an Verhöhnung der Arbeiter leistete, übersteigt alles Dagewesene. Man leien wir in der gemäßigten Presse in einem Artikel, der von der „Reinen Presse“ in Frankfurt a. M. ausgeht und „Geistige Waffen“ überschrieben ist, wir hätten die Vertreter des Gewerbevereins nicht dulden wollen. Wie es hiermit ausfiel, haben wir ja schon oben bemerkt. Ferner wird in dem Artikel die ganze Sache auf den Kopf gestellt und so getan, als hätten wir die beiden Hirsche angegriffen, und als die beiden sich gerechtfertigt hätten, hätten sie Prügel bekommen. Vielleicht will man Ulrich zum Würger stempeln, der im Raume für seine Ideen von den freien Verbänden umgebracht werden soll. Es hat noch jeder in unsern Versammlungen Redezeit gehabt, das weiß Ulrich am allerbesten, aber wir dürfen verlangen, daß auch der Gegner die parlamentarischen Formen wahrt. An einem Beispiel sei noch dargelegt, wie weit die Dreistigkeit der Hirsche geht. Vorige Woche hatte der Verband eine vertrauliche Sitzung einberufen, in der interne Angelegenheiten zur

Aus den Bleiweißfabriken im Thüringer Wald.

Bei meiner letzten Anwesenheit in Königsee wurde mir mitgeteilt, daß die Arbeiter der dortigen Bleiweißfabrik unter sehr mißlichen Verhältnissen zu leiden hätten. Gleichzeitig bot sich die Gelegenheit, den Betrieb einmal in Augenschein zu nehmen. Am nächsten Morgen war ich zur Stelle. Auf einem Holztisch vor den Beeten lag ein altes Wänterlein und verzehrte ihr Frühstück.

Es entwickelte sich zwischen uns beiden folgendes Gespräch:
„Wie alt sind Sie?“ — „55 Jahre.“ — „Worin besteht denn Ihre Arbeit?“ — „Hier diese Erde alle muß ich ausbärten und sauber machen, und jene habe ich bereits geläutert.“ — „Wissen Sie auch, wie gefährlich diese Arbeit ist, und wie lange sind Sie denn hieran schon beschäftigt?“

„Ach, lieber Mann, das weiß ich; was will ich aber machen! Mein Mann hat keine Arbeit; wir sollen nun in die Fabrik ziehen. Er bekommt einen Posten, und ich bürste hier weiter. Am ersten Tage war ich ja schon krank, hatte es sehr vor'm Magen. Der Herr sagte mir, ich sollte nur immer gute und fettige Speisen essen.“

„Haben Sie denn Ihren Herrn auch gefragt, wo diese Speisen alle hernehmen? Was verdienen Sie hier?“

„Ja, ja, der Verdienst ist schlecht; durchschnittlich 1,50 Mk. pro Tag. Sie sehen ja hier, was ich esse, ein Stück Brot und etwas Fett drauf. Mehr kann man sich nicht leisten.“

Bei diesen Worten fanden der Frau die Tränen in den Augen. Einige dankende Worte, und ich wandte mich der eigentlichen Fabrik zu. Zunächst betrat ich den Frühstückssaal. Alles bestäubt mit Bleiweiß, selbst die Bier- und Kaffeelassen. Oben befindet sich das Lager einer Transmiffion. Das Del tropfte herunter. Ein Arbeiter sagte mir, als sie sich, um Abänderung bittend, an den Chef wandten, hätte dieser erklärt: „Na, da habt ihr wenigstens gleich was auf's Brot.“ Die Arbeitsanzüge spotteten jeder Verschmutzung. Einer zeigte mir seine Hose, die über und über mit Bleiweiß bedeckt war. Am Oberschenkel war sie in Handgröße vollständig entweißt. Bleiweiß bedeckte den sichtbaren nackten Teil des Schenkels. Nach Aus-

sage sämtliche anwesenden Arbeiter waren die Anzüge in diesem Sommer überhaupt noch nicht gewaschen.

Zur Wascheinrichtung gelangt, bestrebte es, daß diese mitten zwischen Fabrikationseinrichtungen liegt. Zur Linken ist die Waschtrommel für Bleiweiß, zur Rechten sind Wänteln. Neben der Wascheinrichtung befindet sich ein Antriebsriemen, der sich gerade in Körperhöhe kreuzt. Ein leichtes Versehen, und der sich Waschende kann hineingeraten. Außer dieser Wascheinrichtung, in der die Handtücher damals fehlten, ist auch noch eine Bodenwanne in einem andern Räume vorhanden. Auf meine Frage, ob diese denn benutzt wird, wurde mir zur Antwort: „Ja, drei Mann baden drin, dann ist sie voll Loh.“

Das nächste, was in Augenschein genommen wurde, waren die Wänteln. Der Antriebsriemen muß auf eine Scheibe aufgelegt werden, die sich in einem ein Meter tiefen Loch, welches ca. dreieinhalb Meter im Quadrat mißt, befindet. Keiner will ihn anlegen“, sagte man mir. „Nun, warum denn nicht? Kommt, zeigt es mir mal.“ Man muß sagen: Es ist zu bewundern, daß hier nicht schon ein Unglück passiert ist. Kaum kann sich der den Riemen auslegende Arbeiter in jenes Loch hineinzwängen, und noch geschweiger ist es, wieder herauszukommen. Gerade dort, wo sich beim Auflegen der Kopf des Arbeiters befindet, kreuzt sich der Riemen. Der Anglückswahl läuft mir jedesmal herunter, und froh bin ich, wenn ich glücklich aus diesem Loch heraus bin“, erklärte er mir.

Ob dem Gewerbeinspektor aber seiner Mission, die kurze Zeit vorher erst dagewesen sein sollen, nichts davon aufzufallen ist? Die Mission soll sich nach der Gesundheit der Arbeiter erkundigt haben. Ob ihr auch erzählt wurde, daß einer gerade an Bleiweiß erkrankt war? Ob der waltenden Wänteln hörte ich nur einmütiges Klagen.

„Wenig Lohn, 27 Pf. die Stunde, Kuriererei, oft Krankheit“ usw.
Als ich mich nun zu erkennen gab und den Kollegen den Weg zur Befragung zeigte, da machte mancher ein verabschiedetes Gesicht. Nach einer kurzen Unterhaltung, und ich zog von dannen, einer andern, zwei Stunden entfernt gelegenen Bleiweißfabrik zu, und von da wiederum einige Stunden Wegs einer dritten entgegen. Ein von Bleiweißung befallener Arbeiter entbot mir hier den ersten Gruß.
Man staunt über das, was man hier hört von den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bleiweißfabriken in den entlegenen Orten auf dem Thüringer Walde. Aber es beginnt auch hier, Licht zu werden: Arbeitsschichten finden wir auch hier treue Mitläufer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ohne Organisation keine Hilfe!

Beratung standen und nur Vertrauensmänner Zutritt hatten. In dieser Sitzung kam Ulrich dreifach herein und verlangte als Vertreter der Hirsche zugelassen zu werden. Schon in dieser Sitzung war er nicht zu bewegen, auf Aufforderung die Sitzung zu verlassen. Auch hier hätte man ihn hinausbringen müssen, wenn er es nicht auf eine nochmalige energische Aufforderung vorgezogen hätte, das Lokal zu verlassen. Alles in allem hat sich in dieser Versammlung gezeigt, daß die Hirsche nur Uneinigkeit unter die Arbeiter bringen wollen und mit allen Mitteln versuchen, Mißliebiger zu werden. Wenn die gegnerische Presse oafelt, daß es der Gewerkschaftverein der Hirsch-Dunderschen den Anstoß zu Verbesserungen im Chemikalienwert gegeben hat, so ist dies eine dreifache Lüge. Wahr ist vielmehr, daß die freien Verbände schon im vorigen Jahre eine erfolgreiche Bewegung geleitet haben und auch in diesem Jahre wieder eine Bewegung eingeleitet hatten. Hieraus geht hervor, daß die freien Verbände hier schon Verbesserungen durchgeführt haben, ehe man an die Hirsche gedacht hat. Das Plakat bei der ganzen Sache ist, daß, als die Arbeiter im vorigen Jahre in einer Lebensbewegung standen, wobei die Hirsche noch nicht in Frage kamen, diese sich nicht geschert haben, dem Chemikalienwert im Konflikt mit Arbeiter zu vermitteln. Dieses hat Herr Dr. Mittel im Beisein von vier Vertretern der freien Gewerkschaften zugegeben. Also als man noch kein Mitglied dort hatte, waren die Hirsch-Dunderschen bereit, bei einem Streit Arbeiter zu vermitteln, jetzt, wo man aber ein paar solcher Prachtwörter wie Ulrich und Prokopowitsch hat, spielt man sich als diejenigen auf, die allein dort Verbesserungen einführen wollen. Pfui, Teufel, über solches Doppelspiel einer Gewerkschaft!

selbst einen Kasten zu verfertigen, in dem sie ihre Lebensmittel aufbewahren, liegen Brot, Speck, Wurst, Schmalz, Margarine usw. entweder auf den Ertischen umher oder sie sind auf den über den Ertischen hängenden oder an den Wänden befestigten Brettern oder Lattingeristen untergebracht, wo sie natürlich dem Staub und den Fliegen ausgesetzt sind. Dasselbe gilt auch für die Kleidungsstücke der Arbeiter. Diese müssen entweder während der ganzen Kampagne in den an Raum meistens sehr beschränkten Koffern und Kisten verpackt oder aber an den Wänden und Balken aufgehängt werden, wo sie ebenfalls dem Staub, der Feuchtigkeit und dem Ungeziefer ausgesetzt sind. Beide Fälle sind geeignet, die wenigen Habseligkeiten der Arbeiter verderben zu lassen. Der Mangel an verschließbaren Schränken zwingt aber auch moralische Schäden unter der Arbeiterklasse. Denn die offen herumliegenden oder hängenden Lebensmittel, Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände bilden für manchen armen Teufel oder charakterschwachen Menschen einen Anreiz zur Unehrlichkeit, so daß das Verschwinden von Geld, Kleidungsstücken usw. nicht gerade zu den Seltenheiten gehört.

Nicht minder mangelhaft sind die Einrichtungen zur Körperpflege. Wascheinrichtungen sind in vielen Ziegeleien unbekannt. Da werden den Arbeitern oft die wunderlichsten Gefäße, wie leere Bratheringbüchsen, alte Töpfe, Arbeitseimer usw., zur Reinigung ihres Körpers angewiesen. So stand den 20 bis 30 Arbeitern der Ziegelei Weiphal in Stolp als Wascheinrichtung eine halbe Heringstonne zur Verfügung. Natürlich stand dieses „Betriebswaschbecken“ nicht etwa in einem Waschräum, sondern unter freiem Himmel. Bei einer Beschäftigung der Ziegeleiwohnungen von P a r e l u r Umgegend ergab sich, daß in der Ziegelei de Cause in Döbelsdorf für 31 Arbeiter vier Waschbecken, in der Ziegelei Schwarting für 26 Arbeiter fünf Waschbecken, in der Ziegelei Lauw in Grabstede für 24 Arbeiter zwei Waschbecken und in der Ziegelei Eilers in Grabstede für 25 Arbeiter überhaupt keine Waschbecken vorhanden waren. In der letztgenannten Ziegelei mußten die Arbeiter, wenn sie sich waschen wollten, alle möglichen Utensilien benutzen.

In einer Ziegelei dicht bei Brandenburg a. d. Havel bildete die Havel das Betriebswaschbecken, und die Arbeiter der Ziegelei Zwam in Wöhrstorf bei Rosdorf wuschen sich in den Fluten der Warnow. In der Ziegelei Lübbing in Garßen bei Celle war für 52 Arbeiter wohl ein Waschtrog mit Wasserkan vorhanden, aber der Wasserkan spendete kein Wasser, und so war die ganze Einrichtung nur ein Paradeobjekt für die Revisionen. In der Ziegelei H. v. Boßel in Drochtersen waren für 150 Arbeiter drei Waschbecken und drei Handtücher vorhanden. Die Arbeiter waren hier gezwungen, sich in alten Heringsbüchsen und sogar in ihren Schnäpzen zu waschen.

Diese Uebelstände sind natürlich geeignet, den letzten Rest des Reinlichkeitssinns der Arbeiter zu verschlingen. Weder vor Beginn, noch nach Beendigung der schmutzigen Ziegeleiarbeit ist den Arbeitern Gelegenheit zur notwendigen Gesundheitspflege gegeben, so daß sich ein großer Teil allmählich an Schmutz und Ungeziefer gewöhnt. Damit ist aber eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Arbeitergesundheit gegeben, die sich schon des öfteren in ansteckenden Krankheiten aller Art bemerkbar machte. Oftmals genügt aber auch schon der gemeinschaftliche Gebrauch von Waschbecken oder Handtüchern, um derartige Krankheiten zu übertragen. Besonders in Betrieben, wo auch ausländische Arbeiter, die nicht gerade mit besonderem Reinlichkeitsinn belastet sind, beschäftigt werden, ist diese Gefahr ständig gegeben. So brach im Jahre 1909 in einer Ziegelei bei Sehnitz unter den ausländischen Arbeitern eine podenartige Krankheit aus, die aber durch sofortige Isolierung der betreffenden Ausländer und durch Desinfektion der Wohn- und Schlafräume usw. keine weiteren Folgen für die übrigen Arbeiter nach sich zog. In Fällen, wo die betreffenden Krankheiten aber weniger rasch erkannt werden, kann durch den gemeinsamen Gebrauch der Waschtücher die gesamte Arbeiterschaft verheert werden.

Das Kost- und Logiswesen in der Ziegelindustrie ist also in allen Teilen geeignet, die Arbeiter materiell und körperlich zu schädigen. Die angeführten Beispiele sind natürlich nur einige Stichproben von den unermesslichen Schäden, die den Ziegeleiarbeitern alljährlich zugefügt werden, die aber infolge des dürftigen Organisationsverhältnisses zum größten Teil gar nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Um gewaltige Summen sauer erworbenen Arbeitslohnes werden die Ziegeleiarbeiter alljährlich bei Lohnberechnung und Lohnzahlung von den Ziegeleimeistern betrogen, und der übrige Rest Teil wird ihnen denn doch noch durch die Betöschung und Kantine geschmälert. Dem kann aber abgeholfen werden, wenn die Arbeiter wollen. Durch die von unsrer Organisation erzielte Einführung der wöchentlichen Lohnberechnung und Lohnzahlung lassen sich die Lohnbetrügereien auf ein geringes Maß beschränken, und die Uebernahme der Verwaltung der Kantine und der Bekleidung durch die Arbeiter selbst wird den unerhörten Ueberverordnungen Schranken setzen.

Gewaltig ist aber auch die Summe von Arbeitskraft und Gesundheit, die durch die ungesundeten Wohn- und Schlafräume alljährlich vernichtet wird. All die Leiden und Gebrechen, die sich bei den Ziegeleiarbeitern im vorgeschrittenen Alter einstellen, sind nur die Folgen der schändlichen Zustände des Logiswesens. Und gerade diese Uebelstände lassen sich mit geringer Schwierigkeit beseitigen, wenn die Ziegeleiarbeiter von den ihnen gebotenen Handhaben Gebrauch machen. Zunächst haben sie das selten verfallende Mittel der öffentlichen Kritik im Verbandsorgan und der übrigen Arbeiterpresse und dann die gesetzlichen Vorschriften. In beiden Fällen genügt es, wahrheitsgetreue Angaben über die betreffenden Mängel zu machen, die dann alles Weitere erledigt. Wo sich diese beiden Mittel aber als nicht genügend wirksam erweisen, dort muß die Organisation ihre Macht einsetzen, um den Ziegeleiarbeitern das abzuverlangen, was sie den Arbeitern für alle Zeiten vorenthalten wollen, nämlich: Arbeiterrecht und Arbeiterlohn.

Die Arbeitsverhältnisse in der Kreidegrube Kronsmoor.

Die Kreidegrube Kronsmoor, die der Zementfabrik „Saturn“ in Braunschweig gehört, hat kürzlich einen neuen Schachtmeister erhalten, der nun einen noch größeren Dofen aus den Arbeitern zu pressen. So wurden die Arbeiter kürzlich am Sonntage zu ihrem Erntekampfen verpflichtet, daß Herr Plog — so heißt der dienstfertige Mann — auch seine Rekruten in den Dofen des Profits stellt. Es fehlten bei der Rekrutierung der Arbeiter an dem 14-tägigen Lohn Beträge von 1 bis 26 M. Auf die Proteste der Arbeiter versprach der gute Mann, die Beschäftigten am folgenden Sonntage zu regeln. Bei dieser Regelung ergab sich, daß auch die Arbeiter des Schachtmeisters wünschliche Änderungen der Arbeitsverhältnisse vornehmen. Da die Schachtmeistermeister von der Arbeit in der Kreidegrube letzten blauen Dofen hat, so ist nicht ersichtlich, mit

welchem Recht sie sich derartige Änderungen erlaubt. Oder braucht etwa der neue Meister einen mitleidigen Vorwand? Wenn ja, dann dem Meister unser aufrichtiges Beileid! Die Arbeiter aber sind selbst mündig und deshalb verbitten sie sich ein solches selbstherrliche Vornachschaf. Obwohl nun die Arbeit nur in Mord verrichtet wird, so daß jeder Arbeiter sein eigener Antreiber ist, so sind die Löhne doch derart niedrig, daß noch zahlreich Ueberstunden geleistet werden müssen, wollen die Arbeiter bei ihrer schweren Arbeit nicht noch darben. So haben die Arbeiter an der „Kippe“ in der Regel in 14 Tagen 210—220 Arbeitsstunden zu leisten. Daß eine solche unerhörte lange Arbeitszeit nur langjähriger Selbstermord ist, scheint den Arbeitern gar nicht bewußt zu sein. Der Lohn beträgt pro Stunde bei anstrengender Mordarbeit 36—37 Pfennig, die aber noch gar nicht von allen Arbeitern und nicht zu jeder Zeit erreicht werden. Besonders trifft dies bei den Abraumarbeitern zu, die oftmals auf Wagen warten müssen. Wohl stehen der Kreide- und Abraumförderung 117 Wagen zur Verfügung; aber nur die Hälfte der Wagen ist in gebrauchsfähigem Zustand. Da nun der Schachtmeister an der Kreideförderung finanziell interessiert ist, so sorgt er stets dafür, daß es hier nicht an Wagen mangelt, während die Abraumarbeiter sehr häufig lauern können und dann zur Ueberarbeit gezwungen sind.

Bei dem Maschinen- und Beförderungswesen kommt die Profitmacherei noch deutlicher zum Ausdruck. Nach den bestehenden Vorschriften soll auf jeden besten Wagen im Förderzuge ein Bremser kommen. Bis jetzt sind Bremser überhaupt nicht vorhanden. Die Wagen, die bis zu 18 Wagen zählen, sind nur mit einem Maschinenführer und einem Heizer besetzt, die dann sämtliche Nebenarbeiten sowie das Bremsen und Weichenstellen noch mit zu verrichten haben. Noch schlimmer aber macht sich der Sparplanfrenantismus im Maschinenhaus bemerkbar. Der Maschinenführer der Arbeiter, der den Keisel unter Dampf halten muß, verrichtet seine Tätigkeit in vollständiger Dunkelheit. Diesem Umstand zufolge entzündet vor einiger Zeit Feuer im Maschinenhaus. Der Arbeiter hatte aber die Selbstgegenwart, in dem dunklen Raum dem Feuer Einhalt zu bieten. Als dann der Arbeiter eine Lampe mit Petroleum und Streichhölzer zu Lichtmachen von Plog verlangte, sprach dieser die Zumutung aus, der Arbeiter solle zusehen, wo er das erforderliche Lichtmaterial herbeibringe. Man verlangt also auch noch, daß die Arbeiter von dem niedrigen Lohn „Lichtanlagen“ anschaffen.

Die Krankenlastenverhältnisse spotten ebenfalls jeder Beschreibung. Bei einer Krankmeldung gibt es keinen Krankenschein, sondern es wird ein Brief ausgestellt, der dem Arbeiter das Recht geben soll, ärztliche Behandlung zu finden. Die Arzneikosten muß der Kranke zunächst selbst bezahlen. Diese sowie das Krankengeld werden erst nach Gesundheitsklärung des Arztes aus Bittens und Betteln herbeifolgt. Wie Arbeiter, die stehen bis acht Wochen krank waren, in dieser Zeit sich durchgehungen haben, bleibt ein Rätsel. Ebenso fehlen im Schacht und auf der Abraumfläche, um die erste Hilfe bei Unglücksfällen zu gewähren, die Verbandstoffe. Hier zeigt sich also ein großes Arbeitsfeld für die zuständige Gewerbeinspektion. Sollte dieser Hinweis noch nicht genügen, so ist es Sache der Organisation, die Gewerbeinspektion auf die ungläublichen Zustände hinzuweisen. Wenn ein Arbeiter sich seiner Menschenwürde bewußt wird und diesem Betriebe den Rücken kehrt, dann besitzt Herr Plog auch noch den Mut, den Arbeiter mehreremal nach seinem verdienten Lohn laufen zu lassen. Leider haben die Arbeiter nicht die eigene Kraft, bessere Zustände zu schaffen, denn bis jetzt haben sie veräumt, sich mit ihren Arbeitskollegen zu organisieren und durch die Organisation sich die ihnen zustehenden Menschenrechte zu sichern.

Wie man mit Ziegeleiarbeitern umspringt.

In der Dampfziegelei zu Voigtsherg bei Delsnitz l. B. legten die Arbeiter an der Presse und in der Grube kürzlich die Arbeit nieder. Veranlassung gab hierzu die Entlassung zweier Kollegen resp. die Nichtauszahlung ihrer während der Kampagne vom Arbeitslohn einbehaltenen Gehälter. Im Vorjahre erhielten die Arbeiter in der Grube und an der Presse pro Tausend Ziegelsteine 20 resp. 19 Pf. auszugsweise. Der Ziegeleimeister Winter besaß nun das Talent, den Arbeitern einzureden und auch durchzuführen, daß es für sie nicht über sei, wenn 1 Pf. pro Tausend gestriger Ziegel stehen blieb und nach Beendigung der Kampagne zur Auszahlung gelangte. Nach seiner eigenen Aussage wollte er dadurch gleichzeitig die Montagsummelei und den mit ihr verbundenen übermäßigen Alkoholgenuss — was bisher zur Gewohnheit der Ziegeleiarbeiter gehörte — beseitigen.

Gegen das letztere haben wir nichts einzuwenden. Wir würden Herrn Winter sogar dankbar sein, wenn ihm die Beseitigung des Alkoholgenusses vollständig gelänge, aber die ~~W~~ ~~W~~ wie er sich die Beseitigung gebacht, gefällt uns nicht. Der Direktor Wolfram arbeitete einen Verzicht aus und rühnte sich in Gegenwart zweier Arbeiter, daß er bei Abschlus deselben sehr vorsichtig gewesen sei. Diese Vorsicht bestand darin, daß er allein im Besitze des Vertrags ist, daß jeder Arbeiter nach Entstand der Maschine für jedes Tausend verfertiger guter Steine 1 Pf. auszugsweise erhält, daß die Betriebsleitung den Termin zum Entstand der Maschine selbst bestimmt und daß Arbeiter, welche den Betrieb von dieser Zeit verlassen oder wegen Ungehörigkeiten entlassen werden, den Anspruch auf die Auszahlung der einbehaltenen Gehälter verlieren. In ihrer Unerfahrenheit trochen die Arbeiter auf dem Vertrag, der mit den gesetzlichen Bestimmungen verträglich ist in Silber sprach steht. Wie nun dieser Vertrag zugunsten der Arbeiter angewandt wird, davon ein Beispiel: Einige Arbeiter reichten am Sonntage, der 26. August, für Montag, den 28. August, Urlaub ein, um den Veranlassungen des Arbeitervereins zu Voigtsherg, welchem sie als Mitglieder angehörten, beiwohnen zu können. Dieser Urlaub wurde — wie dadurch das Geschäft eine Schädigung erleide — verweigert. Am Montagsabend kam nun ein Arbeiter in etwas angeheiteter Stimmung eine Viertelstunde zu spät zur Arbeit, ein anderer nahm sich, da ihm der Urlaub verweigert wurde, denselben zu Mittag selbst. Wegen dieser Ungehörigkeiten wurden beide Arbeiter entlassen und die einbehaltenen Gehälter nicht ausgezahlt. Die Arbeiter legten nun — um Wiederholungen solcher dreisten Handlungsweisen vorzubeugen — die Arbeit nieder. Die Unterhandlungen verliefen indes resultatlos. Kollege Kramer-Zwidan versuchte vergebens, den Vertreter der Gesellschaft, Herrn Direktor Wolfram, zur Auszahlung der einbehaltenen Gehälter zu bewegen, da beide entlassenen Arbeiter auf ihre Wiedereinstellung verzichteten. Leider war aber alles vergebens. Herr Wolfram wollte mit einem Vertreter der Gesellschaft nichts zu tun haben. Er geriet in eine solche Nervosität, daß eine weitere sachliche Auseinandersetzung unmöglich war. Offenlich gewöhnt sich Herr Wolfram wie so viele andere Ziegeleibesitzer und Direktoren recht bald daran, mit Gewerkschaftsvertretern strittige Fragen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Die beiden Entlassenen betreten nunmehr den Klageweg beim Gewerbeamt zu Delsnitz. Da dieses sich für unzuständig erklärte, wurde die Klage beim Amtsgericht Delsnitz anhängig gemacht, wo sie noch nicht erledigt ist. Interessant war die Ausföhrung des Ziegeleimeisters Winter, der dem Kollegen Kramer erklärte: „Zum Segen sind Sie nicht hierher gekommen, vorher waren die Arbeiter zufriedener.“ (Die Delsnitzer Ziegeleiarbeiter sind erst kurze Zeit organisiert.) Der beste Beweis dafür, daß die gerühmte Zufriedenheit unter den Delsnitzer Ziegeleiarbeitern aber nicht vorhanden war, liegt zweifellos in ihrem gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Hoffentlich befreit sich die Direktion in Zukunft, Beträge mit ihren Arbeitern abzuwickeln, die denselben zum Segen geräuden und die Zufriedenheit fördern. Denn nicht nur Direktoren und Ziegeleimeister, sondern auch die Arbeiter, die den Mehrwert erzeugen, wovon beide ihr Gehalt beziehen, sind ihres Lohnes wert.

— Zittau. Sehr verbesserungsbedürftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen in der Ziegelei und Schamottefabrik Gensel in Zittau. Die Merkmale des Kapitals — für schwere Arbeit geringen Lohn — sind auch hier heimisch. Es mangelt aber auch nicht an sonstigen Uebelständen. So ist zum Beispiel kein Trinkwasser vorhanden, und ein Speiseraum, in dem die Arbeiter ihre langen Arbeitstage einnehmen können, existiert auch nicht. Ebenso fehlt es auch an Gelegenheiten, das mitgebrachte Mittagessen zu wärmen. Den Arbeitern zu diesem Zweck einen Kochherd zu stellen, erscheint dem Besitzer wohl als Luxus, und so müssen sie denn ihre Zuflucht zu den Brennblöcken am Ringofen nehmen, um ihr bißchen Essen zu erwärmen. Auch mit den Aborts ist es nicht zum besten bestellt. Sie sind des öfteren in einem geradezu ekelhaften Zustand. Diese Liste könnte noch verlängert werden, doch wollen wir es heute damit berenden lassen. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um den Besitzer zu veranlassen, die angeführten Uebelstände zu beseitigen. Sollte sich diese Hoffnung aber nicht erfüllen, so wird es Sache der Arbeiter sein, hier kräftig nachzuhelfen. Das kann aber nur durch die Organisation geschehen.

Zement- und Ziegel-Industrie

Das Kost- und Logiswesen in der Ziegelindustrie.

IV.

Die Beschaffenheit der Schlafräume stellt sich den Wohnungsverhältnissen würdig zur Seite. In der Regel dienen dazu lange Holzprüchen oder aus hohen Dreitern hergestellte bettstellenähnliche Holzklaffen, die mit einem Strohsack und ein oder zwei Wolldecken pro Arbeiter ausgefattet sind. Bettkissen, Kissen und Ueberzüge fehlen in den meisten Fällen. Wo solche vorhanden sind, werden sie von den Arbeitern in der Regel aus der Heimat mitgebracht. In neuerer Zeit sind in vielen Ziegeleien eiserne Bettstellen eingeführt worden. Es geschieht dies hauptsächlich, um dem Ueberhandnehmen des Ungeziefers zu wehren. In abgelegenen Betrieben, wo sich die Revisionsbeamten seltener hinverirren, sind die Lagerstätten nicht selten nach Art eines Hinwals auf dem Fußboden ausgebreitet. Verichten doch die sächsischen Aufsichtsbeamten, daß sie 1909 im Bezirk Meissen eine Ziegelei angetroffen haben, in der die Arbeiterinnen auf dem Fußboden schlafen mußten, und daß im Bezirk Döbels aus dem gleichen Anlaß in zwei Ziegeleien die Beschäftigung von Bettstellen angeordnet werden mußte. Im Bezirk Chemnitz wurden den Arbeitern von neun Ziegeleien zwar Bettstellen geliefert, aber keine Strohsäcke, so daß sie im losen Stroh lagern mußten. In der Kampagne 1909 traf der Aufsichtsbeamte in Württemberg eine Ziegelei, in der fünf Italienerinnen in drei Betten schliefen. Die „Betten“ hatten weder ein Leinwand noch Bezüge.

Die Beschäftigung der Schlafräume in den Dresdner Ziegeleien förderte die sonderbarsten Formen von Schlafräumen zutage. So wurde in einer Ziegelei eine Bettstelle aufgefunden, die aus zwei Holzböden und einer darüberliegenden Lattentür bestand. Um das Durchbrechen dieser „Bettstelle“ zu verhindern, waren einige Ziegelsteine untergebaut. Als Lager diente ein kurzer, storchentastiger Strohsack mit zwei jadenähnlichen Decken. Ähnlich beschaffen war eine zweite Bettstelle, nur mit dem Unterschied, daß die Lattentür auf zwei eisernen alten Pferdetruppen ruhte.

So dürftig wie die Beschaffenheit der Schlafräume ist in der Regel auch deren Reinlichkeit. Der Inhalt der Strohsäcke soll wohl nach verschiedenen Volkseverordnungen vierteljährlich erneuert werden, es geschieht dies aber fast nirgends. Die Erneuerung des Strohs wird in der Regel nur vorgenommen, wenn dasselbe zu Häckel und Staub verfallen ist. Ebenso ist es mit den Decken. Diese sollen mindestens jährlich einmal gereinigt werden; oft werden sie aber im Frühjahr in demselben Zustand, von Schmutz und Schweiß durchsetzt, wieder in Gebrauch genommen, wie sie im Herbst eingeschmückt worden sind. Dazu kommt dann noch die Unreinlichkeit der Schlafräume, so daß häufig alle Gattungen Ungeziefer in Menge vorzufinden sind, die den Arbeitern natürlich Plage und Schick nicht finden lassen. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter des öfteren ihre Zuflucht zu den Trockenräumen, Fensterräumen oder Dörrbetten nehmen, wo sie im Staub und Dampf kampieren, was schon so manchem den Gesundheitszustand gebracht hat.

Welchen Umfang die Ungezieferplage oft nimmt, zeigt folgende Auswertung des höchsten Gewerkschaftsorgans: „Wegen allzu großer Ueberhandnahme des Ungeziefers, besonders der Wanzen, mußte auf Antrag der Gewerbeinspektion sowie des Kreisgesundheitsamtes vor dem zuständigen Kreisamt im Gerichtsbezirk der Unterkunftsraum, der aus einer großen Ziegelei beschäftigten Arbeiter geschlossen worden. Als in einer anderen Ziegelei nach Beendigung der Saison der Schlafräume der Arbeiter ausgefattet werden sollte, mußte den Ziegellern eine Extraverordnung gewährt werden, weil sie sich wegen des vielen Ungeziefers sträubten, die Arbeit auszuführen.“ — Ähnlich berichtet auch der Aufsichtsbeamte von Kronsmoor im Jahre 1910, indem er schreibt: „Auf immer heftiger die Quartiere von Schmutz und Ungeziefer.“ — In der Ziegelei Dreßel in Salsitz bei Elbing wurden die Schlafräume der Arbeiterinnen die reinsten Wannenbänken. Da die Wannen zu Häckel angehängt blieben, strichen die Arbeiterinnen zur Selbsthilfe und lösten die reinen Teile der Wannen, die am meisten mit Wanzen durchsetzt waren, einfach ab. Wegen dieser Unreinlichkeit wurden die Arbeiterinnen dann noch von der Ziegelei abgetrennt und in einem Schlafräume untergebracht.

In betriebliehen Betrieben wie die Schlafräume ist natürlich auch die ständige Verunreinigung der Wohn- und Schlafräume. Vor allem ist es sehr oft an Holzgegenständen, an Decken, was von den Arbeitern besonders im Frühjahr und Herbst unangenehm empfunden wird. Dann ist es aber auch nicht nur die Unreinlichkeit der Wohn- und Schlafräume, die den Arbeitern im Laufe der Saison mangelt, sondern auch das Mangel an frischer Luft. Es sind immer auch das Trocken der oft von Regen und bei der Arbeit durchdrungenen Kleidung schädlich zu empfinden, so daß die Arbeiter nicht selten gezwungen sind, das Wohnens nicht in die Wälder oder doch andere Ueberflüsse hinzuzuziehen. Die Folgen davon sind dann für die Arbeiter Atembeschwerden und sonstige Krankheiten. Ferner mangelt es sehr häufig an verschleißbaren Tisch- und Bettgeschäften. Sofern es den Arbeitern nicht möglich ist, sich